



Das  
Bundesarchiv

EINBLICKE IN DAS  
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV  
DOKUMENTENHEFT

# „Überall kocht und brodelt es ...“

Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen



# „Überall kocht und brodeln es ...“

**Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen**

Die vorliegende Auswahl an Dokumenten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv bildet ab, wie sich die Ereignisse in den Stasi-Akten widerspiegeln und nimmt keine weitere Deutung der Quellen vorweg. Die Leserschaft möge den Spielraum zur eigenen Interpretation und persönlichen Auseinandersetzung mit historischen Dokumenten nutzen. Der Verzicht auf eine quellspezifische Interpretation der nachfolgenden Berichte und Bilder soll den Leserinnen und Lesern ermöglichen, sich selbst einen lebendigen Einblick zu verschaffen. Dieses Dokumentenheft soll damit auch als Anregung dafür dienen, sich mit historischen Einordnungen und weiterführenden Studien zu beschäftigen.



# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>4</b>
<b>25.09.–04.10.1989</b>	<b>8</b>
Montagsgebet in Leipzig	9
Sonderzüge mit Botschaftsflüchtlingen in Richtung BRD	12
Auflösung einer Montagsdemonstration in Leipzig	20
Ausreiseverbot in die ČSSR	23
Lagebericht vom Hauptbahnhof Dresden	26
Maßnahmen zur „Aktion Zug“ und Lagebericht in Dresden	28
<b>05.10.–06.10.1989</b>	<b>40</b>
Demonstration in Dresden	41
Information zu Misshandlungen von Demonstranten in Dresden	42
Protokoll zur Dienstversammlung der BV Karl-Marx-Stadt über die aktuelle Lage	43
Ergebnisse der Postkontrolle im Bezirk Karl-Marx-Stadt	52
<b>07.10.–09.10.1989</b>	<b>56</b>
Lageeinschätzung im Bezirk Karl-Marx-Stadt und Plauen	57
Erklärung der Freiwilligen Feuerwehr zum Einsatz in Plauen	64
Lagebericht zu Vorkommnissen in Dresden	68
Protokoll zum Einsatz der VP in Leipzig	72
Tatsachenbericht einer Betroffenen an die Staatsanwaltschaft in Leipzig	75
Maßnahmen des MfS gegen Demonstranten	78
Forderung zur Gesprächsbereitschaft	79
Aufruf zur gewaltfreien Demonstration in Leipzig	83
Maßnahmen zur medizinischen Versorgung	84
Reaktionen der Bevölkerung	86
<b>Nachwort</b>	<b>94</b>
<b>Anhang</b>	<b>96</b>
Abkürzungsverzeichnis	97
Stasi-Unterlagen-Archiv	101
Dokumentenhefte	105
Quellennachweis	106



*„Die Ereignisse überschlagen sich. Es herrscht eine explosive Stimmung. Überall kocht und brodelt es, warum ignoriert die Regierung die Bevölkerung der DDR? Warum ändert sich nichts?“<sup>1</sup>*

Im Oktober 1989, kurz vor dem Jahrestag des 40-jährigen Bestehens der DDR, stellten sich immer mehr unzufriedene Bürger diese Fragen.

Die Ausreisebewegung hatte Ende der 1980er-Jahre einen neuen Höhepunkt erreicht. Viele Menschen hatten keine Hoffnung mehr darauf, dass die erstarrte Führungsriege unter Honecker Wandel zulassen würde und sahen ihre letzte Möglichkeit darin, die DDR zu verlassen. Unter dem Eindruck der Grenzöffnung zwischen Ungarn und Österreich im Mai 1989 wurden zunehmend Forderungen nach Reisefreiheit laut. Als im Spätsommer tausende DDR-Bürger bundesdeutsche Botschaften in Budapest, Prag und Warschau sowie die Ständige Vertretung in Ost-Berlin besetzten, um ihre Ausreise in den Westen zu erzwingen, verschärfte sich die Flüchtlingskrise noch.

Doch vor dem Hintergrund dieser Massenflucht verstärkte sich auch der Widerspruch von Menschen, die nicht ausreisen, sondern in der DDR bleiben und vor Ort etwas verändern wollten. Verstärkt trugen sie ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und ihre Forderungen nach Reformen an die Öffentlichkeit.

Die Geschehnisse spitzten sich im Vorfeld des 40. Jahrestags der DDR-Staatsgründung immer weiter zu. Es herrschte eine angespannte Atmosphäre. Da die DDR-Regierung die blutige Niederschlagung der

Abb. 1

Teilnehmer des Montagsgebets versammeln sich am 4. September 1989 im Nikolaikirchhof in Leipzig zur Demonstration. Ihnen werden Transparente mit Losungen wie „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ entrisen.  
Foto: BArch, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt 03348, S. 1/Bild 27

<sup>1</sup> Quelle: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, M 194, S. 2

Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Juni 1989 begrüßt hatte, waren die Befürchtungen, auch sie wäre zur gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen bereit, groß.

Die Ereignisse von Ende September bis Anfang Oktober 1989 in den ehemaligen Bezirken der DDR Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt fanden vor diesem Hintergrund statt und stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Themenhefts. Zum 25. Jubiläum der Friedlichen Revolution wurden Dokumente aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv in Leipzig, Dresden und Chemnitz chronologisch zusammengestellt, um aufzuzeigen, wie sich die damalige Umbruchsituation in den Stasi-Unterlagen widerspiegelt. Sie geben einen plastischen Einblick in die Sichtweisen von SED, Polizei, des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und zeigen, wie diese auf die Vorgänge im Herbst 1989 reagierten, ohne dass eine quellenspezifische Interpretation mitgeliefert würde. Denn das Spannende und Interessante bei der Arbeit mit historischen Quellen und Stoffen ist nicht zuletzt in dem Umstand zu sehen, dass die Leser und Leserinnen historischer Quellen ganz unterschiedliche Interpretationen für historische Ereignisse vornehmen können wie Rückschlüsse auf spätere Vorgänge oder gar Analogieschlüsse zur Gegenwart zu ziehen.

Die ausgewählten Dokumente nehmen die Geschehnisse sowohl in Leipzig, wo sich seit Spätsommer das politische Geschehen rund um die Friedensgebete in der Nikolaikirche verdichtete, als auch die Ausschreitungen am Dresdner Hauptbahnhof und die Proteste in Plauen und Karl-Marx-Stadt in den Blick. Damit behandeln sie jene Zeitspanne des gesellschaftlichen und politischen Umbruchs, in welcher der friedliche Verlauf der Revolution noch keineswegs abzusehen war.

In Leipzig spitzte sich ab September 1989 die Lage zu. Am 4. September war es nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche wie bereits in den Wochen vor der Sommerpause der Gebete zur gewaltsamen Auflösung einer Menschenansammlung gekommen, was sich nun wöchentlich mit den Montagsdemonstrationen wiederholte. Dennoch bildeten sich auch nach den Montagsgebeten am 25. September und 2. Oktober erneut Demonstrationen über den Leipziger Georgiring. Obwohl die Sicherheitskräfte massiv gegen „derartige Provokationen“ vorgingen und viele Demonstranten „zugeführt“ wurden, ließ sich die empörte Bevölkerung nicht mehr von Demonstrationen abhalten. Die Stasi stellte fest, dass „eine Auflösung derartiger Personenansammlungen ... ohne massiven Einsatz polizeilicher Hilfsmittel, einschließlich Wasserwerfer, nicht mehr möglich“ sein würde.<sup>2</sup>

In den Bezirken Dresden und Karl-Marx-Stadt kam es im Zusammenhang mit den Botschaftszügen aus Prag zur Konfrontation zwischen Bürgern und Sicherheitskräften. Nachdem Bundesaußenminister Genscher den Prager Botschaftsflüchtlingen am 30. September ihre Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik verkündet hatte, fuhren die ersten Sonderzüge am 1. Oktober Richtung Westen. Die Bedingung der SED-Führung, die Züge offiziell über das Territorium der DDR fahren zu lassen, erwiebsich im Nachhinein als verfehlt. Denn in der Nacht vom 4. auf den

5. Oktober eskalierte die Situation am Dresdner Hauptbahnhof. Ausreisewillige aus der gesamten DDR versuchten in den Bahnhof vorzudringen, um auf die durchfahrenden Züge aufzuspringen, die nun die letzte Hoffnung auf freie Ausreise symbolisierten. Durch massiven Einsatz der Polizeieinheiten wurden sie zurückgedrängt; auch gegen Unbeteiligte wurde brutal eingegriffen. Demonstranten warfen Steine und beschädigten das Bahnhofsgebäude. Der Protest weitete sich in den folgenden Tagen aus: auf das Dresdner Stadtgebiet, den Hauptbahnhof in Karl-Marx-Stadt und weitere Bahnhöfe in den Bezirken Dresden und Karl-Marx-Stadt, die die Sicherheitskräfte mit äußerster Härte räumten.

Am 7. Oktober konnten trotz verstärkter Maßnahmen der Staatsführung für einen störungsfreien Ablauf der offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag erneute „Provokationen“ in vielen Städten der DDR nicht verhindert werden.

In Plauen kamen mehrere tausend Menschen auf dem Theaterplatz zusammen – bezogen auf die Einwohnerzahl weit mehr als bei allen anderen Demonstrationen, die in zahlreichen Städten der DDR wie Berlin, Leipzig, Karl-Marx-Stadt u. a. an diesem Tage stattfanden. Die Einsatzkräfte versuchten vergeblich, den Demonstrationenzug auf dem Weg zum Rathaus auseinanderzutreiben. Zum ersten Mal gelang es der Staatsmacht nicht mehr, einen Massenprotest der eigenen Bürger gewaltsam aufzulösen. In Karl-Marx-Stadt führte nach einer abgebrochenen Informationsveranstaltung im Theaterpalast Luxor ein Schweigemarsch in Richtung Rathaus, der von Polizeikräften mit Schlagstock- und Hubschrauber-einsatz aufgelöst wurde. Auch in Dresden und Leipzig schritten die Sicherheitskräfte gegen Demonstranten und Unbeteiligte ein, doch konnte dieser brutale Einsatz die aufgebrachten Bürger nicht mehr von weiteren Protesten abhalten.

In Dresden ging am Abend des 8. Oktober SED-Bezirkschef Modrow auf die zentrale Forderung der von der Polizei eingekesselten Demonstranten, den Einsatz von Gewalt zu stoppen, ein. Oberbürgermeister Berghofer erklärte sich zu Gesprächen mit der von den Demonstranten gewählten „Gruppe der 20“ bereit. Ein wichtiger erster Schritt, doch noch kein Durchbruch.

Im Hinblick auf die nächste Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig gab es große Befürchtungen vor einer erneuten Eskalation der Gewalt. Die Staatsmacht zeigte sich entschlossen, das Aufgebot an Einsatzkräften war massiv ausgerüstet und Krankenhäuser wurden auf einen möglichen erhöhten Bedarf an medizinischer Versorgung vorbereitet. Trotz dieser bedrohlichen Kulisse fanden sich etwa 70 000 Menschen aus Leipzig und vielen anderen Städten zu einem friedlichen Marsch durch die Innenstadt zusammen. Verschiedene Aufrufe zur Gewaltlosigkeit und die große Menge an Demonstranten hatten Wirkung gezeigt und zu einem gewaltfreien Ausgang der Demonstration geführt, in deren Verlauf die Sicherheitsorgane wider Erwarten zum ersten Mal nicht mehr gewaltsam eingriffen. Diesen „Übergang zur Gewaltlosigkeit“ bewertete die Bevölkerung als „Symbol für den beginnenden Dialog“.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Quelle: BArch, MfS, HA IX 10768, S. 108

<sup>3</sup> Quelle: BArch, MfS, BV Leipzig, Leitung 01827, S. 3



25.09.-04.10.1989

generalleitnant neiber  
 zaig  
 zos  
 zkg  
 ha roem 2  
 ha roem 9  
 ha roem 20

Q-A 25 09 89 4098

BStU
000106

Mu.

Ref. 2

1

VIC-188. el.  
sh

information ueber die im anschluss an das "montagsgebet"  
 am 25.09.1989 in der leipziger nikolaikirche stattgefundene  
 provokation

am 25.09.1989 fand in der zeit von 1705 uhr bis 1755 uhr unter  
 teilnahme von ueber 2000 personen das "montagsgebet" in der  
 nikolaikirche leipzig statt.

die kirche wurde wegen ueberfuellung geschlossen. weitere unge-  
 faehr 1000 personen verblieben auf dem kirchenvorplatz und zugangs-  
 straszen.

durch pfarrer fuehrer, der das "montagsgebet" eroeffnete, erfolgte  
 das verlesen eines briefes an den rat der stadt leipzig,  
 abteilung innere angelegenheiten, sektor kirchenfragen, vom 20.09.89  
 betreffs des "montagsgebetes" am 18.09.89, der von ihm und  
 dem stellvertretenden superintendenten wugk unterzeichnet und  
 in dem ihr ablehnender standpunkt zu den masznahmen der  
 staatlichen organe dokumentiert ist ( anlage ) .

fuehrer gab bekannt, dasz zur "entlastung der montagsgebete"  
 in der nikolaikirche und zur "erweiterung der basis" friedens-  
 gebete zusaetzlich jeweils sonnabends in leipziger kirchen statt-  
 finden sollen. des weiteren gab er termine und orte zu fuerbitt-  
 andachten fuer inhaftierte bekannt.

das "montagsgebet" wurde durch den hinlaenglich bekannten pfarrer  
 wonneberger und den vom ihm geleiteten arbeitskreis "menschen-  
 rechte" zum thema "gewalt" gestaltet. dabei wurde ausgefuehrt,  
 dasz gewalt wieder gewalt erzeuge und u.a. die aussagen getroffen:  
 wer den knueppel zieht, musz auch den helm tragen und: wenn die  
 verfassung nicht dem buerger nuetzt, musz die verfassung geaendert  
 werden.

danach wurden durch mitglieder dieses arbeitskreises fuerbitten  
 fuer in der ddr und in der cssr inhaftierte, darunter fuer die  
 am 18.09.1989 in leipzig inhaftierten personen, fuer die opfer  
 des suedafrikanischen und des ira-terrors gesprochen sowie  
 erneut fuerbitte fuer die "polizisten, die gegen ihren willen die  
 staatsmacht verkoerpern muessen" gehalten.



BSU  
000107

- blatt 2 -

zum abschluss wurde durch das mitglied des arbeitskreises                      dazu aufgefordert, beim verlassen der kirche sich ruhig, besonnen und gefasst zu verhalten, zur beruhigung lieder zu singen, bei konfrontation mit den sicherheitsorganen sich unterzuhaken und sich hinzusetzen, bei festnahmen laut den eigenen namen zur benachrichtigung ihrer angehoerigen zu rufen, bei abtransport mit lkw die zahl der zugefuehrten lautstark zu verbreiten und bei vernehmungen die aussagen bis auf personalangaben zu verweigern und keine unterschriften zu leisten.

durch diese gestaltung des "montagsgebetes" entstand unter den teilnehmern eine aggressive angeheizte atmosphaere.

nach beendigung verlieszen die teilnehmer die nikolaikirche, vereinten sich mit den dort verbliebenen, so dasz gegen 1820 uhr die ansammlung auf ungefaehr 3.500 personen anwuchs. inmitten dieser personenansammlung formierten sich ungefaehr 300 personen von denen sprechchoere wie "freiheit, freiheit, freiheit" und "freiheit, gleichheit, bruederlichkeit" sowie der abgesang der "internationale" und "we shall overcome" ausgingen. ausgehend davon begann gegen 1830 uhr eine demonstrative personenbewegung durch die ritterstrasse ueber die grammaische strasse, karl-marx-platz zum georgiring. dabei kam es zeitweise zur blockierung des fahrzeugverkehrs.

gegen 1850 uhr bewegte sich die zwischenzeitlich auf ungefaehr 4.000 personen angewachsene personenansammlung auf voller strassenbreite ueber den georgiring zum hauptbahnhofsvorplatz, wobei durch etwa 300 - 500 besonders aktiv handelnde personen die "internationale" abgesungen und mit sprechchoeren bei erhobenen faeusten "neues forum zulassen" gerufen wurde. die provokative demonstration bewegte sich vom hauptbahnhofsvorplatz weiter ueber den troedlerring bis zum friedrich-engelsplatz und von da aus zurueck zum hauptbahnhof, dabei loeste sie sich teilweise auf.

BSU  
000108

- blatt 3 -

ungefaehr 800 personen begaben sich in die westhalle des hauptbahnhofes, wobei sie wiederum mit sprechchoeren "neues forum zulassen" auftraten. ab 1945 uhr wurden gegen diese personenkonzentration in der westhalle aufloesegruppen der dvp eingesetzt. da ab 2020 uhr keine konzentration von personen in der leipziger innenstadt mehr vorhanden waren, wurde durch die einsatzkraefte der dvp zur nachsicherung uebergangen. losungen, transparente usw. wurden nicht festgestellt.

am 25.09.1989 befand sich in leipzig ein zdf-team unter leitung des korrespondenten                     , das bereits in den nachmittagsstunden versuchte, in die leipziger innenstadt zu gelangen, was im operativen zusammenwirken mit kraeften der vp offensiv verhindert wurde.

insgesamt erfolgten 6 zuefuehrungen (keine asta). differenzierte rechtliche entscheidungen werden noch vorgeschlagen.

polizeiliche hilfsmittel kamen nicht zum einsatz.

eine aufloesung derartiger personenansammlungen von anfang an und in der bewegung ist ohne massiven einsatz polizeilicher hilfsmittel, einschliesslich wasserwerfer, nicht mehr moeglich.

zur kuenftigen unterbindung derartiger provokationen im anschluss an die "montagsgebete" ist ihr staatliches untersagen unumgaenglich, da alle bisher durchgefuehrten gespraechе mit kirchlichen amtstraegern, einschliesslich landesbischof hempel, ohne wirkung blieben.



Transportpolizei - Amt Dresden  
- Der Leiter -

Dresden, den 01.10.89

S a c h s t a n d s b e r i c h t

zum unberechtigtem Zustiegen von drei namentlich unbekanntem Personen auf den Sonderszug 23 362 in Richtung BRD auf dem Hauptbahnhof Dresden am 01.10.1989. 03.45 Uhr

Entsprechend der abgestimmten Aufgabenstellung hatten die eingesetzten Kräfte der Schutzpolizei und Dienst Einheit ZEK den Auftrag, den Bahnsteig 1/2, an dem der Sonderszug 23 362 planmäßig Durchfahrt hatte, in der Tiefe abzusichern und auf dem Bahnsteig nicht präsent zu sein.

Zum Zeitpunkt der Einfahrt des Zuges befanden sich der Leiter des Bahnhofes, drei weitere Eisenbahner sowie eine männliche Person auf dem Bahnsteig. Der erfolgte Betriebshalt des Sondersuges war den eingesetzten operativen Kräften, einschließlich des ODE des TPA und des Leitungsdienstes des TPA, Genossen Hauptmann der VP Gelschläger, nicht bekannt.

Der notwendige Betriebshalt zum Verlassen des Triebfahrzeuges durch den Lotsen war in Dresden-Altstadt vorgesehen. Eine sofortige Rücksprache durch den Leitungsdienst des TPA bei dem Leitungsdienst der Reichsbahndirektion Dresden, Genossen Reichsbahnoberdirektor Dietze, Vizepräsident Ökonomie, ergab, daß er den Betriebshalt auf dem Bahnhof Dresden-Hauptbahnhof zugestimmt hat, um den eingesetzten Lotsen schnell wieder zur Verfügung zu haben.

Die Befragung der zur Sicherung eingesetzten Schutzpolizisten ergab, daß sie die unbekanntem männliche Person für einen Angehörigen des Schutz- und Sicherheitsorgans bzw. Staatsorgans hielten. Entsprechend ihres Auftrages, auf dem Bahnsteig nicht präsent zu sein, führten sie auch keine Kontrollmaßnahmen durch.

Während des Haltes des Sondersuges stieg die unbekanntem männliche Person in den Sonderszug ein und zwei weitere Personen (männlich und weiblich), die plötzlich auf dem Bahnsteig gerannt kamen, sprangen auf den bereits angefahrenen Zug auf.

BSU  
000001

BSU  
000002

- 2 -

Die eingesetzten Genossen hatten zum Zeitpunkt des Feststellens keine Möglichkeit mehr, das unberechtigte Zustiegen dieser drei Personen zu verhindern.

Zu den namentlich unbekanntem Personen gibt es folgende Personenbeschreibungen:

männliche Person, die bereits auf dem Bahnsteig war:

cirka 170 - 175 cm groß, schlanke Gestalt,  
Bekleidung: Hose dunkel, Jacke hell

Personen, die auf dem Bahnsteig gerannt kamen:

weiblich: cirka 160 - 165 cm groß, vollschlanke Gestalt

männlich: cirka 170 - 175 cm groß, schlanke Gestalt

Bekleidung für beide Personen: Hose dunkel, Jacke dunkel

Das Zustiegen bzw. Aufspringen der Personen konnte nur durch die sich auf dem Bahnsteig befindlichen Eisenbahner unmittelbar beobachtet werden.

Dieses Vorkommnis war Veranlassung, das notwendige Betriebshalt außerhalb des Bahnhofes Dresden-Hauptbahnhof zu fordern, was auch exakt durchgesetzt wurde.

  
Pfeil  
Oberst der VP



**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt

BStU  
000055

Karl-Marx-Stadt, 1. 10. 1989

5 Blatt  
+ Anlagen  
1. Exemplar

**Streng vertraulich**  
Um Rückgabe wird gebeten!

Nr. 518/89  
*Gen. Lorenz*

Nur zur persönlichen Information!

INFORMATION  
über

die Durchführung zentral festgelegter Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ausweisung von Bürgern der DDR, die sich rechtswidrig in den diplomatischen Vertretungen der BRD in der CSSR aufhielten

*[Handwritten Signature]*

Verteiler:

1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt/  
Genossen BARTL

Zentrale

BStU  
000056  
2

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

Auf der Grundlage zentral festgelegter Maßnahmen zur Ausweisung über das Territorium der DDR nach der BRD von Bürgern der DDR, die sich rechtswidrig in den diplomatischen Vertretungen der BRD in der CSSR aufhielten, wurden am 30. 9. 1989 durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt im Zusammenwirken mit der BDVP Karl-Marx-Stadt und den Kräften des Transportpolizeiamtes Karl-Marx-Stadt, Sitz Zwickau, die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet und durchgeführt. Darüber hinaus kam zur Unterstützung dieser Maßnahmen vor Ort auf dem Bahnhof in Reichenbach eine Arbeitsgruppe der Hauptabteilung Innere Angelegenheiten des Ministeriums des Innern unter Leitung eines stellvertretenden Hauptabteilungsleiters zum Einsatz.

Entsprechend den zentralen Festlegungen wurden durch die Deutsche Reichsbahn insgesamt 6 Sonderzüge in Prag für den Transport der in der Botschaft aufhältigen DDR-Bürger bereitgestellt, die zeitversetzt über die Grenzübergangsstellen Bad Schandau, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Zwickau ohne Halt bis Reichenbach fahren.

In Reichenbach erfolgte während eines zirka 45minütigen Haltes dieser Züge durch die dafür eingesetzten Mitarbeiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt als Mitarbeiter der Abteilung Inneres des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt der Einzug der Personaldokumente bzw. bei Nichtvorhandensein derartiger Dokumente die Feststellung der Personalien der im Zug befindlichen Personen. Im Verweigerungsfall waren die Einsatzkräfte angewiesen, keine weiterführenden Maßnahmen zur Personalfeststellung durchzuführen. Derartige Erscheinungen stellten jedoch die Ausnahme dar.

Nach der Abfertigung fuhren die Züge über die Grenzübergangsstelle Gutenfürst, wo lediglich eine kurze Kontrolle des Zugpersonals erfolgte, in die BRD nach Hof weiter.

Nach bisher vorliegenden Informationen befanden sich in den 6 Zügen insgesamt

5273 Personen, darunter  
652 Kinder.

Von diesen hatten

356 Personen

ihren letzten Wohnsitz in der DDR im Bezirk Karl-Marx-Stadt.



BStU  
000057

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 3

Im Ergebnis der Abfertigungs- und Kontrollmaßnahmen wurde festgestellt, daß mehr als 50 Prozent der in den Zügen befindlichen Personen erst am 29. 9. 1989 bzw. 30. 9. 1989 in die CSSR ausgereist sind.

Eine Wertung der altersmäßigen Zusammensetzung der ehemals im Bezirk wohnhaften ausgewiesenen DDR-Bürger zeigt, daß es sich überwiegend um Personen im Alter bis 30 Jahre handelt.

Alle Züge wurden durch Vertreter der BRD begleitet, die sich mit ihren Diplomatenpässen legitimierten. Im letzten Zug fuhr der Botschafter der BRD in der CSSR, Dr. HUBER, selbst mit.

Durch diesen wurden 6 Personen, darunter 1 Einwohner des Bezirkes (siehe Anlage), aus dem Zug an den Beauftragten der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt mit der Bemerkung übergeben, daß diese Personen entsprechend einer Absprache mit Rechtsanwalt Prof. VOGEL ihren Wohnort aufsuchen und von dort aus gemeinsam mit ihren Familienangehörigen innerhalb von 8 Wochen für ständig aus der DDR ausreisen könnten.

Im einzelnen wurden die Züge am 1. 10. 1989 zu folgenden Zeiten abgefertigt:

	Ankunft Reichenbach	Abfahrt Reichenbach	Passieren der GÜST Gutenfürst
Zug 1	3.57	4.50	5.58
Zug 2	6.29	7.17	8.19
Zug 4	8.24	8.50	9.52
Zug 5	9.40	10.36	11.33
Zug 6	11.26	12.25	13.15
Zug 3	14.25	15.30	16.33

Die verspätete Ankunft des Zuges 3 resultiert aus einem auf dem Territorium der CSSR eingetretenen technischen Defekt der Lokomotive.

BStU  
000058

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 4

Im Zeitraum der gesamten Aktion kam es zu keinen öffentlichkeitswirksamen Vorkommnissen. Das resultiert in erster Linie aus dem politisch klugen, äußerst besonnenen, standhaften und taktisch richtigen Verhalten sowohl der Einsatzkräfte in den Zügen während des Haltes in Reichenbach als auch der zur Absicherung der Bahnhöfe und Transportwege eingesetzten Angehörigen der Deutschen Volkspolizei sowie aus dem abgestimmten, kameradschaftlichen Zusammenwirken aller in die Maßnahmen einbezogenen Kräfte.

Die eingesetzten Kräfte, einschließlich der ihren Dienst verrichtenden Eisenbahner, ließen sich auch dann nicht provozieren, als insbesondere beginnend mit dem zweiten Zug die in diesen Zügen befindlichen Personen, vor allem Jungerwachsene, zunehmend aggressiver und provokatorischer auftraten. So wurden durch diese Jungerwachsenen Fahnen der BRD geschwenkt, Embleme mit dem Bundesadler demonstrativ aus dem Fenster gehalten sowie das "Deutschlandlied" gegröhlt.

Angehörige der Transportpolizei und auf dem Bahnhof tätige Eisenbahner wurden mit Abfallbeuteln, Hartgeld und anderen Gegenständen beworfen sowie als "Bullen" und "Schweine" auf übelste Weise beschimpft. Ein analoges provokatorisches Auftreten zeigten diese Personen auch gegenüber den Einsatzkräften der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit während der Abfertigung in Reichenbach.

Infolge des Randalierens und unflätigen Verhaltens eines großen Teils der in den Zügen befindlichen Personen wurden die Gleiskörper und insbesondere die Bahnsteige im Bahnhof Reichenbach erheblich verunreinigt (siehe Bildanlage). Nach der Abfahrt jedes Zuges wurde der Bahnhof gereinigt.

Versuche einzelner Einwohner des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, ihre Sympathie für die in den Zügen befindlichen Ausgewiesenen auf den Bahnhöfen in Reichenbach bzw. Plauen zu bekunden, wurden im Ansatz verhindert. So löste sich eine Gruppe von zirka 10 Jugendlichen auf dem Bahnhof in Reichenbach gegen 3.40 Uhr allein durch die Präsenz der Sicherungskräfte auf.

Eine Ansammlung von zirka 70 Personen auf dem Richtungsbahnsteig Gutenfürst des Oberen Bahnhofs Plauen erreichte keinerlei Wirksamkeit, da die Züge über den Güterbahnhof geleitet wurden.

Die Aktion wurde am 1. 10. 1989 gegen 17.00 Uhr abgeschlossen, nachdem der letzte Sonderzug die Grenzübergangsstelle Gutenfürst ohne Vorkommnisse passiert hatte.



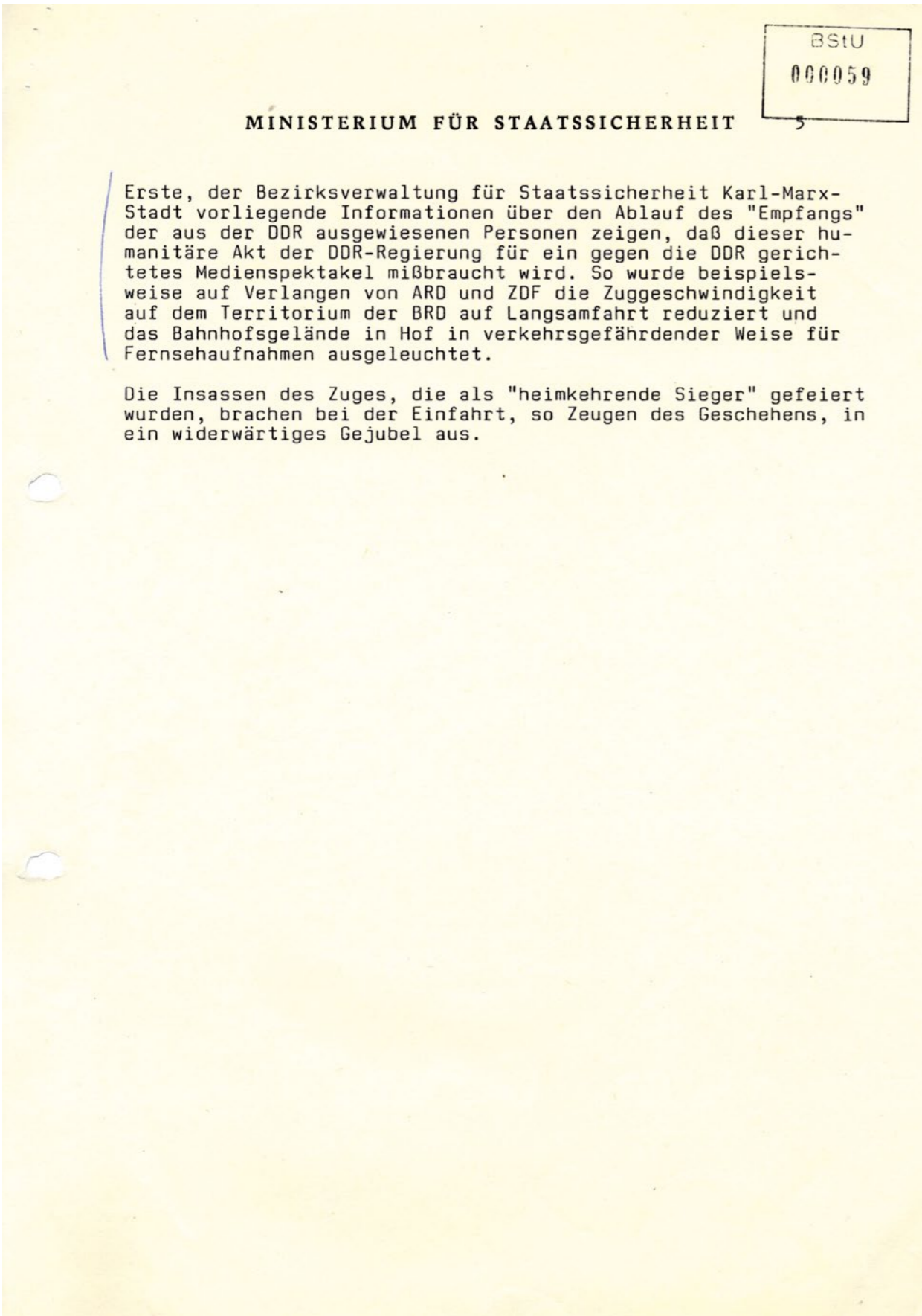


Abb. 2  
Mit Sonderzügen der Deutschen Reichsbahn treffen DDR-Flüchtlinge aus Prag in der Bundesrepublik Deutschland ein. Sie hatten vorher in der Deutschen Botschaft Prag auf ihre Ausreise gewartet.  
Bundesarchiv, B 145 Bild-00002686, Foto: Schambeck, Arne, 5. Oktober 1989



MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT *19/16*

BStU  
000083

**Streng geheim!**  
**Um Rückgabe wird gebeten!**

Berlin, den

*- 3. 10. 89*

*3* Blatt

*20* Exemplar

Nr. *435* / *89*

## INFORMATION

über

eine erneute öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Aktion im Anschluß an das sogenannte Montagsgebet in der Nikolaikirche in Leipzig

Am 2. Oktober 1989 fand in der Zeit von 17.00 Uhr bis 18.00 Uhr in der Nikolaikirche in Leipzig das sogenannte Montagsgebet statt, an dem ca. 2000 Personen, darunter eine größere Anzahl gesellschaftlicher Kräfte, teilnahmen.

(Bereits vor Beginn war die Kirche wegen Überfüllung geschlossen und durch Aushang auf das Stattfinden einer Parallelveranstaltung in der Reformierten Kirche (ca. 800 m entfernt) hingewiesen worden. Die Parallelveranstaltung wurde von ca. 300 bis 400 Personen besucht; sie verlief ohne Vorkommnisse.)

Vor und in der Umgebung der Nikolaikirche hielten sich zu diesem Zeitpunkt ca. 3000 Personen auf, darunter eine beträchtliche Anzahl von Neugierigen. In der Nikolaikirche wurde nach einem Gebet ein Brief der Studentengemeinde der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens verlesen, in dem gegen die Inhaftierung von Personen, die verhängten Sanktionen und den Einsatz von Sicherungskräften nach dem sogenannten Montagsgebet am 11. September 1989 protestiert wurde.

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU  
000084

Außerdem erfolgte eine Orientierung auf ein geplantes "Fasten für die politischen Häftlinge" vom 2. bis 8. Oktober 1989 in der Versöhnungskirche in Leipzig-Gohlis. Anschließend wurde darauf verwiesen, daß "Ausreise keine Alternative" ist und "Demonstrationen kein Mittel" in der gegenwärtigen Zeit seien. Man sollte sich "hier in den Kampf einreihen". Nach dem Abschluß der Veranstaltung verblieben die Teilnehmer und die dort vorher bereits Anwesenden auf dem Vorplatz und riefen Parolen wie z. B. "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", "Wir bleiben hier", "Neues Forum zulassen", "Jetzt oder nie", "Gorbi, Gorbi", "Freiheit für die Inhaftierten". Es wurde die Internationale gesungen.

Gegen 18.25 Uhr setzte sich die Personenansammlung demonstrativ in Richtung Grimmaische Straße, Karl-Marx-Platz in Bewegung und zog dann weiter über den Georgiring in Richtung Hauptbahnhof/Tröndlingring.

Durch konzentrierten Einsatz der Kräfte der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie der Kampfgruppen konnte gegen 19.15 Uhr die Personenbewegung auf dem Tröndlingweg/Ecke Nordstraße zunächst gestoppt werden.

Dabei wurden wiederum Parolen gerufen. Insbesondere durch Gruppen Jugendlicher kam es zu tätlichen Angriffen auf VP-Angehörige, verbunden mit verleumderischen Beschimpfungen. Teilweise gelang es diesen Kräften, die Sperrketten der Volkspolizei zu durchbrechen.

Gegen 20.20 Uhr versuchten sich in Höhe Thomaskirchhof erneut ca. 1500 Personen zu formieren und in Richtung Innenstadt/Markt zu marschieren. Zur Verhinderung dieses Vorhabens, insbesondere zur Abwehr der von diesen Kräften ausgehenden tätlichen Angriffe und zur Gewährleistung der Sicherheit der eingesetzten Kräfte der Volkspolizei, war der Einsatz des Schlagstockes und von Diensthundeführern mit Diensthunden (mit Korb) erforderlich.



3  
**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

BStU  
 000085

21.25 Uhr war die Personenkonzentration aufgelöst.  
 Es wurden insgesamt 20 Personen zugeführt, zu denen nach Aufklärung der konkreten Tatbeteiligung die erforderlichen rechtlichen Maßnahmen veranlaßt werden.

Während der gesamten Provokation kam es zu erheblichen Behinderungen des Straßenverkehrs.

In den Handlungsräumen wurde der ständig akkreditierte Korrespondent der "Rheinischen Post", [REDACTED], in Begleitung des Presseattachés der französischen Botschaft in der DDR, [REDACTED], [REDACTED], festgestellt.

Techniker der ARD wurden im Ergebnis der eingeleiteten Maßnahmen wegen fehlender Arbeitsgenehmigung und Abmeldung abgewiesen.

*Gen. Oberst Anders*

C.F.S.				
		Zeit	Sign.	Nr.
Eingang	3.10.		W	267
Ausgang				

bbbb  
 + guest dbs 117 03.10.89 2330 neu ++

- bv dresden; abt. roem sechs/olz

betr.: Informationen zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit der Realisierung der angewiesenen Maßnahmen zum Ausreiseverkehr ddr- cssr

BStU  
 000194

abfertigung iex-75 ausreise hungaria berlin- budapest

reisestatistik :

Personen gesamt : 509  
 personen ddr c myq 461  
 personen ddr/rueckw.: 121 davon 36 kinder  
 ankunft in bad schandau iex-75: 09:22 uhr  
 abfahr in bad schandau iex-75: 10:41 uhr

im ergebnis der aussetzung dieser personen begaben sich ca .90 personen demonstrativ in einem sitzprotest auf dem gleiskörper/ schienenbereich vor die lok des zuges und verhinderten so die weiterfahrt.

30 personen kamen der aufforderung nach verliesen den zug und den bahnsteig in die bahnsteigunterfuehrung und fuehrten dort ebenfalls demonstrativ einen sitzprotest durch. zur aufloesung dieser handlungen wurden kraefte der vp und der trapo zum einsetz gebracht. diese personen wurden in der gespraechsfuehrung zur vernunft aufgefordert und die aufgabe ihrer handlungen gefordert. ca. 70 personen kame dieser aufforderung nach verliesen den gleiskörper sowie die bahnsteigunterfuehrung und begaben sich in den bereitgestellten zug. die restlichen 50 personen wurden mit einfachen polizeilichen mitteln vom gleiskörper entfernt und ebenfalls in den bereitgestellten zug gebracht und in richtung dersden abgefahren.

zur oeffentlichwirksamkeit kann eingeschuetz werden, dasz sich zu diesem zeitpunkt keine weiteren zuege im bannhofsereich befanden. dies handlungen und aeuszerungen der buerger wie "deutschland-freiheit, reise-moeglichkeit" konnten nur von den reisendeen des iex-75 sowie den dienstpersonal des bahnshos bad schandau wahrge-nommen werden.

abfertigung iex-77 primator berlin prag

reisestatistik :

personen gesamt : 130

abfertigung iex-77 primator berlin prag

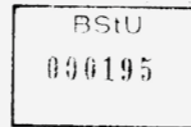
reisestatistik :

personen gesamt : 130

personen ddr : 82 und 3 kinder/ zurueckwesung

ankunft in bad schandau : 21.02 uhr

abfahrt in bad schandau : 22.20 uhr



die kontrolle des iex-77 (ausreise) erfolgte bis auf den 1. wagen des zuges ohne probleme.

im 1. wagen wurde das betreten und die kontrolle durch ddr- buerger verweigert. der wagen war von innen verriegelt. mehrfache aufforderung der kontrollkraefte, den wagen zu kontrollieren wurde verweigert. die gespraechsfuehrung erfolgte durch die fenster des wagens. einer kontrolle durch den cssr- paszkontrolle wurde durch die personen stattgegeben und festgestellt dasz sich im wagen 82 ddr- buerger und 3 kinder befanden.

da die kontrolle sowie das aussteigen verweigert wurde, wurde dieser wagen in bad schandau abgehangen und an den verspaeteten iex- 74 (einrjise) hungaria angehangen und nach dresden abgefahren. diese aussetzung des wagens, die ankopplung und abreise mit den iex-74 richtung dresden erfolgte ohne probleme.

ingesamt kann zur druchsetzung dieser masznahmen bis zum gegenwaertigen zeitpunkt eingeschaezt werden, dasz diese masznahme aussetzung, der ddr- buerger und rueckreise zum wohnort relativ reibungslos und ohne grosze probleme verlief.

in einzel faellen versuchten kleine gruppen und einzel personen mit aeuszerungen gegen diese masznahme aufzutreten. diese koennen als geringfuegig eingeschaezt werden.

ergaenzung folgt

-----

bv dresden - pke bad schandau

gez.: hartmann, major zugfuehrer der pke

bt qll

// rpt zu iex-75

personen ddr : 461 ///

bt qll

*1x Gen. Andes*

CFS.					
GUS	VZ	Datum	Zeit	Sign.	Nr.
		4.10.	21.5	W	275

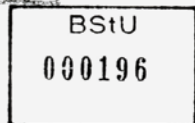
+ guest dbs 125 04.10. 0230 le

- dbvm / abt. roem. sechs olz

bbbb

betr.: ergaenzung zum cfs 117 der guest dbs vom 03.10.89

information zu vorkommnissen im zusammenhang mit der realisierung der angewiesenen masznahmen im ausreiseverkehr ddr - cssr



abfertigung d-477 „istropolitan“ leipzig - barstislava

reisestatistik

personen gesamt 271

ddr 174

rueckweisung ddr 170

ankunft bad schandau 22.40

abfahrt bad schandau 00.15

die reisenden waren vor beginn der kontrollhandlungen auf den ganzen zug verteilt. bei beginn der durchsetzung der masznahmen (vom zugende) verlieszen die betreffenden personen ihre abteile und begaben sich spontan in die ersten 3 wagen des zuges.

diese personen weigerten sich den zug zu verlassen.

da die kontrolle und das aussteigen verweigert wurden, wurden diese 3 wagen in bad schandau abgehaengt und mit einer seperaten lok nach dresden gefahren. waehrend der standzeit im bahnhof bad schandau bis zur abfahrt nach dresden kam es zu aeuszerungen

„ wir wollen raus, wir wollen raus “

oeffentlichkeitswirksam wurde diese masznahme nur gegenueber dem dienstpersonal des bahnhofes bad schandau.

abfertigung iex-73 „metropol“ berlin - budapest

reisestatistik

personen gesamt 232

ddr 44 und 5 kinder

rueckweisung ddr 41 und 5 kinder

ankunft bad schandau 01.10 uhr

abfahrt bad schandau 02.00 uhr

die kontrolle des iex-73 verlief ohne probleme.

ergaenzung folgt.

bv dresden, pke bad schandau

gez.: hoppmann, major, stellv. d. leiters der pke

+ + +



-an- =  
+ bdvp ddn c 955 owz 04.10.89 1025 la =

BSU  
000209

bbbb

chiffriert

mdi - odh zur weiterleitung an stellv. des chefs des  
stabes p / (roem)1  
genossen oberst der vp neuman =

betr. Lagebericht

am 03.10.89, gegen 23.00 uhr, befanden sich ca.  
2000 personen im hauptbahnhof dresden. darunter  
waren personen, die aus dem grenznahen raum bad-  
schandau zurueckgewiesen wurden bzw. aus anderen  
bezirken mit pkw und eisenbahn angereist waren.

gegen 23.30 uhr war die ausfahrt eines leerzuges  
in richtung bad schandau vorgesehen. die wagen die-  
ses zuges waren abgeschlossen, so dass sich keine  
personen im zug befanden. bei der anfahrt dieses  
zuges versuchten ca. 140 personen, auf den zug auf-  
zuspringen. bei dem gedraenge geriet der buerger

██████████, geb. ██████████  
wh. zwickau, ██████████

unter den zug. dabei wurde ihm das linke bein ab-  
gefahren. er erhielt sofort aerztliche hilfe.  
der lokfuehrer leitete eine schnellbremsung ein und  
es wurde entschieden, den zug nicht ausfahren zu  
lassen.  
auf den bahnsteigen 3,4, und 5 befanden sich zu die-  
sem zeitpunkt ca. 800 personen und 1200 in der kup-  
pelhalle des bahnhofes.

die eingetretene lage veranlasste den chef der bdvp,  
durch konzentrierten einsatz von kraeften (2 kp.,  
2 zuege 8. vpb, 2 kp. ohs(b), de (roem)9 und operative  
kraefte der transportpolizei) den bahnhof ab 1.30 uhr  
zu raeumen. die fuehrung vor ort sowie das enge zusammen-  
wirken mit den diensteinheiten des mfs erfolgte  
durch den stellv. des chefs operativ. am einsatzort  
befanden sich der stellv. des leiters der bvfs, lei-  
ter tpa dresden, ltr. ber./kg der bdvp, leitende  
mitarbeiter der rbd dresden und des rates des bezir-  
kes, bereich inneres.  
die raeumung des bahnhofes war gegen 03.00 uhr abge-  
schlossen.

waehrend dieser handlungen erschien der superintendent  
ziemer in begleitung mehrerer kirchlicher wuerdentraeger im  
hauptbahnhof, um den stoerern kirchlichen beistand anzubie-  
ten und ihnen in der kreuzkirche unterkunft zu gewaehren.  
dieses anliegen wurde durch mitarbeiter des bereiches inner-  
es abgelehnt. trotzdem versuchte der z., nochmals gegen  
03.20 uhr beim odh vpka dresden sein vorhaben telefonisch  
durchzusetzen.

waehrend der raeumung der bahnsteige gelang es ca. 200 personen,  
auf dem bahnkoerper in richtung strehlen zu marschieren. zur  
sicherung dieser personen und der einsatzkraefte erfolgte die  
stromabschaltung im bereich hauptbahnhof bis bahnhof strehlen.  
durch den einsatz einer formation schutzpolizei mit sonderaus-  
ruestung, die sich waehrend der raeumung des bahnhofes in reser-  
ve befand, und 2 zuegen zukommandierter kraefte der transportpo-  
lizei wurde die bewegungsrichtung gesperrt. die einsatzkraefte  
wurden dabei mit steinen beworfen.  
ein teil der personen bewegte sich wieder in richtung haupt-  
bahnhof.

zwischenzeitlich wurden 3 sonderzuege in richtung leipzig,  
karl-marx-stadt und berlin bereitgestellt. gegen 04.50 uhr  
fuehren ca. 600 personen mit diesen zuegen ab.  
gegen 05.20 uhr befanden sich noch ca. 200 personen im haupt-  
bahnhof, die sich weigerten, den bahnhof zu verlassen. diese  
gruppierung wurde mit raeumkraeften aufgeloeset. 74 personen  
wurden dem zentralen zufuehrungspunkt zugefuehrt. die uebrigen  
personen verliessen mit unbekanntem ziel das gelaende des bahnhofes.

im verlauf der nacht hielt die verstaerkte anreise von personen  
mit internationalen zuegen an.

durch angehoerige der dr wurden im hauptbahnhof die buerger wie-  
derholt ueber lautsprecher aufgefordert, sich in ihre heimatorte  
zu begeben bzw. in den naechsten tagen ihre anliegen bei den  
zustaendigen staatlichen organen vorzutragen.

da sich ein teil der buerger weigerte, aus den zuegen auszusteigen,  
wurden waggons in bad schandau ausgesetzt und an zuege, die in  
richtung dresden fuehren, angehaengt. diese zuege wurden an geeig-  
nete stellplaetze gefahren, wo die buerger durch operative kraefte  
aufgefordert wurden, die wagen zu verlassen. dieser aufforderung  
wurde zoegernd folge geleistet. gegenwaertig fahren diese buerger  
mit regelzuegen wieder in ihre heimatorte.

im zusammenhang mit den massnahmen kam es zu zugverspaetungen  
im binnenverkehr zwischen 10 und 15 minuten, im internationalen  
verkehr bis zu 4 stunden sowie im berufsverkehr zwischen  
5 und 10 minuten.

insgesamt erfolgten in den letzten 24 stunden 239 zufuehrungen.  
davon 128 aus dem raum bad schandau/schmilka, 74 bei der raeu-  
mung des hauptbahnhofes und 37 im raum goerlitz.

in den schwerpunktraeumen und -richtungen wurde das informations-  
und aufklaerungssystem entfaltet und massnahmen der nachsicherung  
eingeleitet.

die angewiesenen massnahmen zum schutz der staatsgrenze sowie  
die festlegungen zum reiseverkehr nach der cssr werden abstrichs-  
los durchgesetzt. =

bdvp dresden stellv. des chefs und stabschef oberst der vp grellert  
1020 +

- c



1. Stellvertreter des Leiters

Dresden, 4. Oktober 1989  
an-seBStU  
000202Maßnahmen zur "Aktion Zug"

Auf der Grundlage der Weisung des Stellvertreters des Genossen Minister, Genossen Generalleutnant Neiber, werden folgende Maßnahmen festgelegt:

1. Der Leiter der Abt. VI führt den Einsatz in der Abteilung.
2. An der GÜSt Bad Schandau wird unter Leitung des Stellvertreters Paßkontrolle, Gen. OSL Blankenhorn, eine Führungsgruppe gebildet.

Aufgaben:

- Organisation des Einsatzes der Paßkontrolleure und der zugeordneten Kräfte auf die jeweiligen Sonderzüge,
  - Einweisung aller Kräfte vor Ort,
  - Gestaltung des Zusammenwirkens mit den Partnern Transportpolizei und Reichsbahn in Bad Schandau.
3. Es wird festgelegt, daß je Sonderzug 8 Paßkontrolleure/Mitarbeiter und 3 Angehörige der Transportpolizei zum Einsatz kommen. Zur Gewährleistung der Kräfteabsicherung werden 60 Paßkontrolleure aus dem Bestand der Abt. VI und 60 Mitarbeiter der Bezirksverwaltung eingesetzt.
  4. Der Leiter der Abt. Kader und Schulung hat die Kommandierung der 60 Mitarbeiter zu veranlassen:
    1. Gruppe: 1 : 19      Einweisung: 16.00 Uhr Saal der BV  
Abfahrt:      17.00 Uhr mit Bus
    2. Gruppe: 1 : 19      Einweisung: 17.00 Uhr im Saal der BV  
Abfahrt:      19.00 Uhr mit Bus
    3. Gruppe: 1 : 19      Einweisung: 17.00 Uhr im Saal der BV  
Abfahrt:      21.00 Uhr mit Bus
  5. Zur Einweisung:
    - Die Mitarbeiter haben in Zivil ohne Dienstausweis, ohne Waffe und ohne Parteiabzeichen zu handeln.
    - Sie führen die Einziehung der Personalausweise als Abt. Inneres durch.
    - Bei der Einziehung der PA ist zu beachten, ob die eingetragenen Kinder sich mit im Zug befinden. Ist das nicht der Fall, sind diese im PA durchzustreichen.

LE 1444828

*AX G. B. V.*  
*AX J. Händes*  
*AX J. Hünke*

J

BStU  
000203

2

- Sollten Personen keinen PA besitzen, sind die Personalien abzufragen und schriftlich festzuhalten.
- Die Personalausweise sind in Taschen sicher zu verwahren.
- Zur Sicherung der Handlungen werden jeweils 2 Trapo-Angehörige in Uniform die Kontrolle sichern.
- Nach Beendigung der Kontrolle steht den Genossen ein Dienstabteil zur Verfügung.
- Beim Halten in Gutenfürst in abzusichern, daß alle Mitarbeiter und die Angehörigen der Trapo aussteigen und die Unterlagen den dortigen Genossen der PKE/Inneres übergeben werden, wenn möglich, zahlenmäßige Angaben dazu erarbeiten (Erwachsene/Kinder).
- Die Rückfahrt wird mit Bussen durch den Leiter RD von Gutenfürst aus organisiert.
- Zu beachten ist, daß in jedem Zug 2 BRD-Diplomaten sich befinden, welche Überwachungs- und auch Sicherungsaufgaben erfüllen.
- 6. Materielle Sicherstellung (Aufzeichnungsbücher und Taschen) sowie Verpflegung - Einsatz DPA  
verantw.: Leiter des Führungspunktes GÜSt Bad Schandau
- 7. Durch den Leiter der Abt. VI ist zu sichern, daß der Informationsaustausch mit der BV Karl-Marx-Stadt/PKE Gutenfürst erfolgt und alle Informationen über Ankunft, Abfahrt, Vorkommnisse an mich gemeldet werden.

*Ancers*  
Ancers  
Oberst

Stellvertreter Operativ

3670 Huber/Wil.  
 57/4596 R.d. St. Schumann  
 Dresden, 4. 10. 1989  
 2261

LE 11440/109

Maßnahmeplan zur Aktion "Zug"

1. Die Aktion wird geführt vom Stellvertreter Operativ, Oberst Linke, Stellvertreter: OSL Bürger.
2. Es wird eine operative Einsatzgruppe im Stützpunkt Hauptbahnhof in der Stärke 1 : 6 unter Leitung des Gen. OSL Freitag gebildet. Telefon: 2843
3. Die gesamte Strecke wird durch Kräfte der DVP entsprechend Staatsfahrtvariante "A" gesichert.
4. 60 Genossen der Trapo werden ab 18.30 Uhr auf dem Bahnhof Bad Schandau zum Einsatz gebracht. Sie übernehmen dort Sicherungsaufgaben.  
Auf jeden ankommenden Zug werden von diesen Kräften
  - 1 Genosse auf die Lok und
  - 2 Genossen zur Sicherung der Paßkontrollkräfte
 eingesetzt.  
Sie fahren bis zum Grenzkontrollpunkt Gutenfürst mit.
5. Zur Sicherung des Hauptbahnhofes kommen 4 Kompanien der DVP zum Einsatz. Davon werden 2 Kompanien in beweglicher Reserve gehalten, um bei Erfordernis an Streckenschwerpunkten sofort eingesetzt zu werden.  
Die aktiv handelnden Genossen kontrollieren ab 19.00 Uhr die Zugänge zum Bahnhof.  
Personen ohne Fahrkarte werden zur Fahrkartenausgabe verwiesen, so daß nur Personen mit Fahrkarte die Bahnhofsvorhalle und die Bahnsteige betreten können.
6. Alle Züge fahren durchgängig ohne Halt.  
Als möglicher Haltepunkt für unvorhergesehene Fälle wird der Bahnhof Tharandt festgelegt, dort werden vorbeugend 10 Genossen der DVP zum Einsatz gebracht.  
Lokwechsel findet in Bad Schandau-Ost statt d. h., nicht auf dem Bahnhof.  
Durch je 1 Genossen der Abt. XIX und der Trapo wird die Dispatcherzentrale der Deutschen Reichsbahn zum Zwecke der aktuellen Information besetzt.
7. Alle Züge werden über den Bahnsteig 19 des Hauptbahnhofs Dresden geleitet. Dieser Bahnsteig wird im Aktionszeitraum gesperrt. Das gegenüberliegende Gleis wird mit einem Blindzug besetzt.

BStU  
000206

Unklarheiten klären  
 1X Abt. BV  
 1X Gen. Linke  
 1X Gen. Dresden

BStU  
000207

2

8. Die Deutsche Reichsbahn kontrolliert die Bestückung der Mitropa-Wagen mit Speisen und Getränken und gewährleistet eine Nachkontrolle auf dem Bahnhof Bad Schandau.
9. Falls Personen mit dem Ziel der Bahnhofsbesetzung in Erscheinung treten, werden sie durch die Genossen der DVP zunächst aufgefordert, sich in ihre Heimatorte zu begeben und bei den Abt. Inneres zu melden.  
Es wird zugesichert, daß ihr Problem innerhalb weniger Tage positiv geklärt wird.  
Wird danach der Aufforderung zum Verlassen des Handlungsraumes nicht Folge geleistet, werden die Personen zugeführt.  
Zuführungsstützpunkt ist die 8. VP-Bereitschaft.  
Auf anderen Bahnhöfen je nach Entfernung das jeweilige VPKA.
10. Falls es einzelnen Personen gelingt, auf Langsamfahrstrecken oder bei unvorhergesehenem Halt in den Zug zu gelangen, werden sie dort belassen und mit übersiedelt.
11. Die DVP führt ihre Kräfte selbständig und legt die notwendigen Handlungsvarianten im Zusammenwirken mit dem MfS fest.  
Zur Koordinierung aller Aufgaben sind im Stützpunkt Hauptbahnhof ständig anwesend:
  - MfS
  - DVP
  - RBD Dresden
12. 50 Genossen der Bezirksparteischule werden als gesellschaftliche Kräfte in Reserve gehalten und kommen auf Veranlassung des Leiters des Einsatzes unter Führung eines verantwortlichen Genossen der Bezirksleitung der SED zum Einsatz.

Jeweils weitere 10 gesellschaftliche Kräfte werden zur Unterstützung der Sicherungsaufgaben durch die Kreisleitung der SED Pirna für die Bahnhöfe Bad Schandau und Pirna in Reserve gehalten.

Linke  
Oberst

13. 160 Kampfer: Stellwerke



BDVP Dresden		AN
- Fern -		
Fe	1276	
Au	05.10.	0705
am		4
Empfänger/		
am		Sgn.

-an- =  
+ bdvp ddn c 1276 owz 05.10.89 0040 do =

BStU  
000214

bbbb

chiffriert

mdi -odh- =

Lagebericht  
-----

am 04.10.89, gegen 20.45 uhr, befanden sich ca. 2500 personen im hauptbahnhof dresden sowie ca. 5- bis 6000 personen auf dem vorgelaende des bahnhofes. die bahnhofshalle wurde durch die eingesetzten kraefte geraeumt. die menschenmenge versuchte, wieder in den bahnhof zu gelangen. dabei wurden teilweise die tueren demoliert und fenster eingeschlagen. einsatzkraefte riegelten von innen die tueren ab und hielten dem druck von aussen ca. 10 minuten stand. zwischenzeitlich hatten sich ca. 20 000 personen auf der nord- u. suedseite des bahnhofes angesammelt. ueber lautsprecher wurden die personen ununterbrochen aufgefordert, den platz zu raeumen, in ihre heimatorte zurueckzukehren und dort ihre anliegen vorzutragen. da diese durchsagen keinen erfolg zeigten, erfolgte gegen 21.20 uhr der einsatz von 2 wasserwerfern.

ein auf dem bahnhofsvorplatz abgestellter fstw der transportpolizei wurde umgekippt und geriet dabei in brand. personen wurden nicht verletzt. der fstw wurde durch angehoerige der f abgeloescht.







Abb. 3-8  
Einsatz von Wasserwerfern bei den Ausschreitungen  
am Dresdner Hauptbahnhof am 4. Oktober 1989  
Fotos: BArch, MfS, BV Dresden, OD TU/H 5137, S. 8/  
Bild 32, 34, 37, 38, 39, 44



gegen 21.45 uhr versuchte ein teil der stoerer, ueber den gleiskoerper in den bahnhof zu gelangen, was auf grund der weittlaeufigkeit des gelaendes gelang. die in die kuppelhalle des hauptbahnhofes eingedrungenen stoerer benahmen sich aeusserst aggressiv und demolierten u.a. das im bhf. befindliche intershop-geschaef.

durch die im inneren des bhf. eingesetzttzten kraefte wurde ein vordringen der stoerer auf die bahnsteige verhindert.

gegen 23.15 uhr erfolgte von innen die raeumung des bahnhofes in richtung prager strasse, so dass diese eingaenge wieder frei sind. diese massnahmen wurden durch eine hundertschaftsformation schutzpolizei und den einsatz von reizwurfkoerpern unterstuetzt.

BStU  
000215

auf dem bahnhofsvorplatz befinden sich gegenwaertig noch 2- 3000 personen. durch den einsatz kasernierter einheiten des mdi wird diese menschenmenge aufgeloesst, die raedelsfuehrer festgenommen. bisher erfolgten 60 festnahmen.

bei den handlungen wurde insgesamt 5 einsatzkraefte verletzt und befinden sich in ambulanter medizinischer behandlung.

in bad schandau stehen gegenwaertig 3 sonderzuege aus der cssr.

insgesamt befanden sich 1757 kraefte der dvp und des organs feuerwehr 5 kp. der 8. vpb, 1 zug und 2 gruppen der 5.kp. trapo, 2 zuege unterstellte kraefte kp. trapo 5. kp. der ohs 6 zuege der schule vd bautzen, 4 zuege der sv-schule radebeul sowie 2 zuege formationen aus dem bestand der bdvp im einsatz.

durch den chef der bdvp wurden fuer die bdvp sowie die vpkae dresden, freital, pima sowie tpa dresden einsatzalarm ausgeloesst.

der 1. sekretaeer der bl der sed stimmte dem einsatz von 5 bataillonen der nva, die im bezirk dresden disloziert sind, zu. diese einheiten werden zur streckensicherung, unterstuetzung der sicherungsmassnahmen u. als reserven eingesetzt. =

bdvp dresden stellv. des chefs und stabschef oberst der vp grellert  
0030 +

BStU  
000012



Herausgebrochene Pflastersteine aus dem Gehweg vor dem Hauptbahnhof Dresden und nach den Aufräumarbeiten







BStU  
000015

Durch Feuerwirkung zerstörten Punkstreifenwagen der DVP



auf dem bahnhofsvorplatz befinden sich gegenwaertig noch 2- 3000 personen. durch den einsatz kasernierter einheiten des mdi wird diese menschenmenge aufgeloeset, die raedelsfuehrer festgenommen. bisher erfolgten 60 festnahmen.

bei den handlungen wurde insgesamt 5 einsatzkraefte verletzt und befinden sich in ambulanter medizinischer behandlung.

in bad schandau stehen gegenwaertig 3 sonderzuege aus der cssr.

insgesamt befanden sich 1757 kraefte der dvp und des organs feuerwehr 5 kp. der 8. vpb, 1 zug und 2 gruppen der 5.kp. trapo, 2 zuege unterstellte kraefte kp. trapo 5. kp. der ohs 6 zuege der schule vd bautzen, 4 zuege der sv-schule radebeul sowie 2 zuege formationen aus dem bestand der bdvp im einsatz.

durch den chef der bdvp wurden fuer die bdvp sowie die vpkae dresden, freital, pirna sowie tpa dresden einsatzalarm ausgeloeset.

der 1. sekretaeer der bl der sed stimmte dem einsatz von 5 bataillonen der nva, die im bezirk dresden disloziert sind, zu. diese einheiten werden zur streckensicherung, unterstuetzung der sicherungsmassnahmen u. als reserven eingesetzt. =

bdvp dresden stellv. des chefs und stabschef oberst der vp grellert  
0030 +

-0105

col k

qll 1276 -an- 05.10. 0107 pu

+mdi bln 12 c+++

skv



05.10.-06.10.1989

<b>EINGANG</b>		<b>TELEGRAMM</b>	<b>000002</b>	<b>AUSGANG</b>
(Nichtzutreffendes streichen)				
Dringlichkeit	Ausnahme	GKS GVS VVS	Fu/FS-Nr.:	
Absender:	BV Dresden, Leiter			BSTU 00001
Empfänger:	Leiter aller Struktureinheiten			
		Dresden	den	6. 10. 89
		<i>BaLi 719/89</i>		
<p>Am 5. 10. 1989 in den Abendstunden von 18.00 - 23.50 Uhr kam es erneut im Stadtzentrum von Dresden zu Zusammenrottungen feindlich-negativer Kräfte, die einen umfangreichen Einsatz der VP und von uns erforderten.</p> <p>Teilweise Sprechchöre: "Gorbi, Gorbi, Reformen" oder "wir wollen raus". Darüber hinaus rowdyhaftes und provokatives Verhalten, einzelne Zerstörungen von Bänken und Schaufenstern auf der Prager Straße.</p> <p>207 Personen mußten zugeführt werden.</p> <p>Wir müssen alles tun, um derartige Ansammlungen schneller zu erkennen und nicht anwachsen zu lassen.</p> <p>Lage wurde in BEL und im Leitungskollektiv der BV erneut eingeschätzt und auch Maßnahmen zur weiteren Verstärkung unserer operativen sowie Führungs- und Leitungstätigkeit festgelegt. Auch mit DVP wurden Maßnahmen für das noch zweckmäßiger Zusammenwirken beraten.</p> <p>Wir müssen alles tun, damit sich die Lage in Dresden nicht weiter verschärft und die Veranstaltungen zum 40. Jahrestag ohne Vorkommnisse verlaufen.</p> <p>In allen Verantwortungsbereichen Wachsamkeit erhöhen, damit es in den Kreisen zu keinen ähnlichen Vorkommnissen kommt. Auch Lage an der Staatsgrenze beherrschen, Lage in den Betrieben usw. Informationspflichten gegenüber 1. Sekretären voll wahrnehmen und als operative Mitarbeiter überall auftreten und handeln.</p> <p>Ein erhöhter Kräfteinsatz ist unumgänglich. Herzlichen Dank an alle eingesetzten Kräfte und die Partner des Zusammenwirkens für die bisherige hingebungsvolle Arbeit. Bei sich entwickelnden feindlich-negativen Aktivitäten sofort auf direktem Wege die Lagegruppe des OES telefonisch bzw. fernschriftlich informieren.</p> <p>F. d. R. Leiter Abt. BdL <i>Ehesold</i> Oberstleutnant</p> <p>gez. Böhm Generalmajor</p>				
Durchschläge/Durchschriften:		Stk.	Geschrieben:	Gesehen:
Eingangsdatum:		Uhrzeit:	Anfang:	Ende:
		Nachr.-Sachbearb.:		



B.VP-Bereitschaft  
 MR [REDACTED], Mj.d.VP  
 Arzt d. Bereitschaft

O.U., den 11.10.'89

Sicherungskopie  
 BStU

BStU  
 000001

Genosse Oberstleutnant [REDACTED]  
 Kommandeur der VPB

In Ergänzung zu meiner Information an die Abteilung Medizinischer Dienst der BDVP Dresden über die Mißhandlung von zugeführten Bürgern ersuche ich Sie um Untersuchung des Verhaltens nachstehend genannter Genossen unserer Bereitschaft:

Hptm. [REDACTED]

Omstr. [REDACTED]

Mstr. [REDACTED]

Owm. [REDACTED]

Diese Genossen haben sich nach meinen Beobachtungen durch unbegründetes und rücksichtsloses Schlagen von Zugeführten der vorsätzlichen Körperverletzung schuldig gemacht. Ich beziehe mich auf Feststellungen am 5. und 6. Oktober im Duschaum (hier besonders Mstr. [REDACTED]) und im Bereich des Kfz.-Parks (Omstr. [REDACTED]). Hptm. [REDACTED] war im Kfz.-Park als Verantwortlicher eingesetzt und ist dabei seiner Aufsichtspflicht gegenüber unterstellten Einsatzkräften nicht nachgekommen, und hat darüberhinaus ständig selbst aktiv mit geschlagen.

Im Verantwortungsbereich vom Hptm. [REDACTED] sind durch das Hochhalten der Arme im Nacken bei 2 Bürgern schlaffe Lähmungen des Armes entstanden, über deren Heilungsverlauf z.Z. noch keine Aussagen gemacht werden können, Dauerschäden sind möglich.

Diese Angaben gelten insbesondere für solche Zugeführte, die den Aufforderungen der Einsatzkräfte korrekt nachgekommen sind und nicht provozierten.

Genosse [REDACTED] und besonders hemmungslos Mstr. [REDACTED] und Owm. [REDACTED] suchten bei den Zugeführten direkt nach Gründen, um schlagen zu können, und schlugen auch auf Menschen ein, die bereits am Boden lagen.

Ich kann für meine Angaben weitere Zeugen benennen.

AKG/Kontrollgruppe

Karl-Marx-Stadt, 9. 10. 1989

BStU  
 000007

Protokoll

zur Dienstversammlung des 1. Stellvertreters des Leiters der Bezirksverwaltung, Genosse Oberst SCHAUFUSZ, am 5. 10. 1989

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Ort: Zimmer 102, BV KMStadt

Ausführungen des Gen. Oberst SCHAUFUSZ:

Ich hatte zur letzten Dienstversammlung informiert, daß es erneut eine solche Aktion geben wird, die gestern und in den heutigen Nacht- und Morgenstunden stattgefunden hat. Ich möchte vorweg allen Genossen, die daran beteiligt waren, und allen Mitarbeitern den Dank für diese Einsatzbereitschaft und insbesondere für diese hervorragende Arbeit übermitteln, die dazu beitrug, daß diese Aktion relativ so verlaufen konnte, daß keine größeren Störungen der Ordnung und Sicherheit eingetreten sind.

Ich möchte Euch über die Lage im Zusammenhang mit dieser Aktion in Kenntnis setzen.  
 Nachfolgend werde ich diese Information verlesen.

Sie haben diese vom Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung sowie Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung bestätigte Lageeinschätzung sowohl in Organisation Ihrer gesamten politisch-operativen Arbeit als auch für die Arbeit mit den Partnern des Zusammenwirkens zu nutzen, um unter allen Lagebedingungen die staatliche Sicherheit sowie öffentliche Ordnung und Sicherheit in Ihrem Verantwortungsbereich konsequent zu gewährleisten. Insbesondere sind die notwendigen Schlußfolgerungen, ausgehend von den Befehlen und Weisungen des Genossen Minister sowie meinen Ausführungen auf den Dienstversammlungen am 2. 9., 15. 9., 22. 9. und 3. 10. zur vorbeugenden Verhinderung öffentlichkeitswirksamer demonstrativer Handlungen zu ziehen. Nur durch das disziplinierte, besonnene und außerordentlich hohe Einsatz- und Kampfbereitschaft gekennzeichnete Verhalten der Angehörigen der Volkspolizei, der Kampfgruppen der Arbeiterklasse und der Angehörigen des MfS konnten derartige konterrevolutionäre Erscheinungen zerschlagen werden.



BStU  
000008

2

Es ist höchste Wachsamkeit geboten. Sie haben diesbezüglich eine ständige aktuelle Lageeinschätzung zu gewährleisten, im besonderen an der Staatsgrenze Süd und West, um in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit den Partnern des Zusammenwirkens und anderen gesellschaftlichen Kräften alle feindlichen Handlungen vorbeugend zu verhindern.

Zur Lage, Genossen.

Über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt im Zusammenhang mit der Durchführung zentral festgelegter Maßnahmen zur Ausweisung von Bürgern der DDR, die sich rechtswidrig in diplomatischen Vertretungen der BRD in der CSSR aufhielten.

Ich muß voranstellen zu Eurer persönlichen Information, daß die geplante Aktion nicht so zeitig durchgeführt werden konnte, wie das vorgesehen war, weil es absolut nicht möglich war, daß diese Sonderzüge aus der CSSR über Dresden in den Bezirk Karl-Marx-Stadt fahren konnten, weil im Bezirk Dresden 10.000 Menschen den Hauptbahnhof blockiert hatten und es überhaupt nicht möglich war, dort eine verkehrstechnische Maßnahme durchzuführen. Ich muß auch sagen, daß es unter äußerst schwierigen, komplizierten Bedingungen nach stundenlangem Kampf, man kann wirklich sagen Straßenschlachten, erst möglich war, diese Strecke wieder freizubekommen. Das sage ich deshalb mit allem Nachdruck, weil, wie diese Kräfte mit äußerster Brutalität die zum Einsatz gebrachten Kräfte der Volkspolizei, Staatssicherheit angegriffen haben, und mit welcher Brutalität und Selbstverachtung sie mit Kleinstkindern sich auf die Gleise geworfen haben und regelrecht diese Strecke blockiert haben. Ich sage das nicht, um hier Sensation zu machen, das war so. Die Situation in dieser Nacht war in der Tat äußerst kompliziert wie sie überhaupt seit dem 17. Juni noch nicht wieder so kompliziert war.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt sah es wie folgt aus:

Hauptbahnhof Karl-Marx-Stadt	1000 Personen
Bahnhof Plauen, oberer Bhf.	500 Personen
Bahnhof Reichenbach	500 Personen
Bahnhof Freiberg	400 Personen
Bahnhof Zwickau	150 Personen
Bahnhof Werdau	150 Personen
Bahnhof Glauchau	100 Personen
Bahnhof Oelsnitz/V.	70 Personen
Bahnhof Flöha	50 Personen
Bahnhof Oederan	50 Personen
Bahnhof Adorf	30 Personen
Bahnhof Bad-Elster	20 Personen

Ich sage das deshalb auch, weil stündlich die Lage ob dieser komplizierten Situation in Dresden sich änderte, daß also die Züge nicht mehr durch Dresden fahren konnten, wurde festgelegt, die fahren über CSSR durch Bad-Brambach, so daß auch stündlich

BStU  
000009

3

mit einem großen Kraftaufwand und Einsatz von Kräften diese neuen Situationen immer wieder beherrschen mußten und am Ende auch beherrscht haben.

Zu weiteren Zusammenrottungen kam es an den Streckenabschnitten Hetzdorfer Brücke/Krs. Flöha, Gleisdreieck Werdau, Göltzschtalbrücke/Krs. Reichenbach, Langsamfahrstelle bei Wuppertsgrün/Krs. Plauen. Also das heißt, daß diese Brücken regelrecht von aufgeputschten Menschen in einer Größenordnung besetzt wurden, die für uns fast unvorstellbar war. So etwa in einer Größenordnung von immer 150 Personen.

Die Auflösung dieser Zusammenrottungen durch Einsatzkräfte erfolgte bis gegen 1.30 Uhr bis 5. 10., wobei es zu folgenden Zuführungen kam:

Hauptbahnhof Karl-Marx-Stadt	29 Personen
Bahnhof Flöha (einschließlich Hetzdorfer Brücke)	19 Personen
Bahnhof Freiberg	15 Personen
Bahnhof Reichenbach	15 Personen
Bahnhof Werdau	3 Personen
Bahnhof Zwickau	3 Personen
Bahnhof Plauen	1 Person

Und in der Folge gab es dort noch ein weiteres ernstes Vorkommnis, was ich auch noch auswerten werde.

Wer alleine die Situation in der Stadt Karl-Marx-Stadt und Bahnhof selber mit erlebt hat, der kann sich vorstellen, daß die Situation nicht viel anders war als in Dresden. Und ich muß hier sagen, Dank des entschlossenen Handelns eben es nicht zu 10.000 oder 70000 gekommen ist, sondern daß es bei diesen 1000 blieb. Und diese 1000 mit Einsatz aller uns zur Verfügung stehenden technischen körperlichen Mittel nun so vom Bahnhof entfernt wurden und auf dem Bahnhof-Vorplatz, damit diese Aktion erfolgreich durchgeführt werden konnte und damit in der Stadt keine größeren Störungen der Ordnung und Sicherheit möglich waren durch diese Personen. Aber welcher Kraftaufwand und welche Handlungsfähigkeit von diesen Genossen, Angehörige der Kampfgruppen, Angehörige der Bereitschaftspolizei, der Trapo notwendig waren, das war unwahrscheinlich, wer das erlebt hat, der kann sich erstmal vorstellen, was losgeht, wenn diese feindlich-negativen Kräfte in einer solchen Überzahl sind, daß sie kaum noch zu bremsen sind.

In Glauchau wurden Personen festgenommen, die dort faschistisches Gedankengut verbreitet haben. So daß es insgesamt diese Bahnhöfe in der genannten Zeit, zuletzt im Bahnhof Plauen, bis 03.00 Uhr zu beräumen und alle Voraussetzungen zu schaffen, daß diese Personen nicht ihre Zielstellung verwirklichen konnten, nämlich auf den Zug aufzuspringen.



BSStU  
000010

4

Ihr könnt Euch vorstellen, was dort losgewesen wäre, wenn die mit ihren Kleinstkindern sich auf die Gleise gestürzt hätten oder auf die fahrenden Züge, wieviel Tote und Verletzte es gegeben hätte, ein nicht auszudenkender Skandal.

Im Ergebnis der durchgeführten Maßnahmen wurde innerhalb des Bezirkes Karl-Marx-Stadt bisher verhindert, daß Personen auf den durchfahrenden bzw. verkehrsbedingten haltenden Sonderzügen zur Mitfahrt aufspringen konnten. Der Bereich des Bahnhofs Plauen, oberer Bahnhof, wurde durch die Einsatzkräfte bis 03.00 Uhr geräumt und gesperrt. Während der planmäßigen Abfahrt des D-Zuges Wostock - München vom Bahnhof Plauen, oberer Bahnhof, um 01.30 Uhr brüllte die dort zusammengeworfene Menschenmenge Parolen, wie "Genscher, Genscher", "Gorbi, Gorbi - wir wollen raus". Nach der Abfahrt dieses Zuges blockierten ca. 70 Personen die Gleisanlagen. Und die Genossen der Paßkontrolle, die diesen Zug begleitet haben, waren Gefahren für Leben und Gesundheit ausgesetzt. In dort zusammengeworfene Menschenmengen befanden sich viele Mütter mit Klein- und Kleinstkindern. Durch die Einsatzkräfte wurden in allen genannten Orten Personenfeststellungen vorgenommen auch mit Unterstützung der Genossen der Abteilung VIII, so daß wir auch im nachhinein handlungsfähig sind.

Nach Freikämpfen dieser Strecke Dresden wurden insgesamt mit 8 Zügen, 3 Züge über Dresden - über Bad-Schandau - Dresden - Karl-Marx-Stadt, und 5 Züge über Bad-Brambach - Plauen - Gutenfürst zur Ausreise in die BRD über Gutenfürst organisiert, und es sind etwa 8270 Personen aus der Botschaft über diesen Weg in die BRD ausgewiesen worden.

Zur Unterstützung der im Handlungsraum im und vor dem Hauptbahnhof Karl-Marx-Stadt handelnden Kräfte der 9. VP-Bereitschaft waren Kämpfer des 1. Kampfgruppenbataillons MOT im Einsatz. Weiterhin gelangten die 1., 2. und 4. Hundertschaft zum Einsatz. Und auch hier muß man einschätzen, daß bereits während der Einweisung der Kämpfer der 3. Hundertschaft, deren Trägerbetrieb VEB Großdrehmaschinenwerk "8. Mai" Karl-Marx-Stadt ist, 23 Kämpfer die Durchführung des Einsatzbefehls ablehnten, und 9 Kämpfer legten nach der Einweisung ihren Kampfgruppenausweis spontan und demonstrativ auf den Tisch und verließen den Einweisungsstützpunkt, so daß diese Hundertschaft nicht zum Einsatz gebracht werden konnte.

3 Kämpfer der 2. Hundertschaft, VEB Werkzeugmaschinenkombinat "Fritz Heckert" haben im Ergebnis der Einweisung ebenfalls den Einsatz abgelehnt.

Hier wird auch deutlich, Genossen, und das ist auch eine Aufgabenstellung, die jetzt umgehend zu realisieren ist, daß wir wissen müssen, egal in welchem Verantwortungsbereich die Kampfgruppen disloziert sind, wie die Kampfgruppen der Arbeiterklasse zu ihren Aufgaben und zur Politik der Partei stehen, damit nicht dann von den hier genannten Kämpfer die Waffe umgedreht wird und gegen uns gerichtet wird. Ich denke, das ist in Anbetracht dieser Situation, da auch die Kampfgruppen nun nicht mehr militärisch in dem Sinne eingesetzt werden, daß sie also den großen Gegner schlagen sollen, also den

BSStU  
000011

5

schlagen sollen, der also angreift in einem Atomkrieg oder auch konventionellen Krieg, sondern daß sie eingesetzt werden können zur Auflösung solcher konterrevolutionärer Erscheinungen. Das ist eine völlig neue Anforderung auch an die Angehörigen der Kampfgruppen, daß wir das beachten müssen und insbesondere auch in der Einschätzung der Bewertung "Wer ist wer?" unter den Kämpfern, daß wir das so sehen müssen. Und es ist deutlich geworden, dann lieber weniger Kämpfer, die fest stehen, als darunter Leute, die möglicherweise die Waffe umdrehen.

So daß durch diesen Sicherungseinsatz die normalen Bedingungen wieder hergestellt wurden und somit auch gewährleistet war, daß die Veranstaltungen am 5. 10. aus Anlaß des 40. Jahrestages planmäßig und mit hoher Sicherheit in der Stadt Karl-Marx-Stadt und auch in anderen Verantwortungsbereichen durchgeführt werden konnten.

Während des Einsatzes zeigten die Kräfte der Deutschen Volkspolizei, der Kampfgruppen der Arbeiterklasse und des MfS außerordentliche hohe Einsatz- und Kampfbereitschaft. Und ich möchte das hier unterstreichen, vor allen Dingen auch für die Genossen, die eingesetzt waren in den Zügen, die also aus Prag kommend bis zur GÜST durch unsere Genossen besetzt werden mußten, um den DDR-Bürgern bzw. ehemaligen DDR-Bürgern die Dokumente abzunehmen, um sie zu registrieren, um sie zu erfassen. Da könnt Ihr Euch vorstellen, wenn Ihr die Bilder gesehen habt, wie die sich vor der Botschaft benommen haben, unter welchen komplizierten Bedingungen in einem solchen Zug 10 Kämpfer allein auf sich gestellt, in einem fahrenden Zug, also in Reichenbach am Wochenende haben wir diese Kontrolle in einem stehenden Zug abgewickelt, wo ringsum durch Volkspolizei, Staatssicherheit jederzeit die Möglichkeit war unsere Genossen wieder rauszukämpfen, aber in einem fahrenden Zug die Genossen von Bad-Schandau bis Gutenfürst, ja, eine riesen Strecke, und unsere Genossen von Bad-Brambach bis Gutenfürst waren diesen Banditen ausgesetzt, und ich glaube, da kann jeder ermessen, daß das natürlich eine hohe Standhaftigkeit verlangt hat, weil die nur die Tür aufzumachen brauchen und schmeißen unsere Kämpfer zur Tür raus, das müssen wir uns im klaren sein. Und die dort eingesetzten Kräfte haben eigentlich das beweisen können, was wir erwartet haben, es gab keine Provokationen, und in Gutenfürst sind alle unsere Kämpfer ausgestiegen und die Züge konnten abgefertigt werden, und es war auch in Gutenfürst auf dem Bahnhof alles getan worden, damit auch dort es zu keinen Provokationen kam. Ich möchte sagen mit viel Aufwand wurde diese Aufgabe in der Tat erfolgreich gelöst, und es wurde einmal mehr deutlich, daß in solchen komplizierten Bedingungen alle Genossen bereit und in der Lage sind, sich im Kampf gegen den Feind zu stellen. Und daß das natürlich gelöst werden muß, auch mobilisierend auf alle unsere Kämpfer umzusetzen und sie daran auszurichten in der gesamten politisch-ideologischen und auch fachlichen Arbeit.



BStU  
000012

6

Genossen, mit der Realisierung dieses Auftrages der Absicherung der Ausweisung von Bürgern der DDR ist die ganze Sache nicht abgeschlossen. Es kommt jetzt darauf an, die politisch-operative Arbeit der Lage entsprechend in den Dienststeinheiten zu organisieren, d. h. alle im Zusammenhang mit Provokationen, Bahnhofsbesetzungen, angefallenen Personen, die wir identifiziert haben oder die wir noch identifizieren müssen, aufzulisten und entsprechend der operativen Bedeutsamkeit in Operativen Vorgängen zu bearbeiten oder unter OPK zu stellen. Ich denke, das ist eine sehr bedeutsame Aufgabe und auch hier steht die Frage, die ich in der letzten Beratung Euch schon gesagt habe, Erfassung nach der Direktive 1/79 solcher Leute, die sich hier gezeigt haben, sich im wahrsten Sinne des Wortes entlarvt haben. Es wurden viele wieder identifiziert und festgestellt, ich glaube Ihr wißt selber, wie wir schon x-mal bei wichtigen Veranstaltungen unter Kontrolle gestellt hatten, die erneut hier mit aufkreuzten und die noch anheizten. Man muß auch sagen, es waren nicht alles solche, die abspringen wollten, sondern es waren auch viele, die das Ding noch mit angeheizt haben, vom "Neuen Forum" angefangen, was dort in die Diskussion gebracht wurde bis zu vielen anderen Fragen. Und ich muß auch hier sagen, auf dem Bahnhof Karl-Marx-Stadt waren es nicht mal die normalen Reisenden, die sich schützend auf die Seite der Volkspolizei geschlagen haben, sondern die haben alle gegen unsere Genossen - sind sie alle vorgegangen mit Beschimpfungen, mit Steinenwerfen, mit Flaschenwerfen und was es alles gab. Und wenn die Genossen nicht so gestanden hätten rigoros mit körperlicher Gewalt, mit Schlagstock bis hin zu schwerer Technik draufgehalten, dann wäre diese Situation nicht zu retten gewesen.

Es kommt darauf an, Genossen, alle Mitarbeiter des MfS haben den Ernst der Lage zu begreifen, der in dieser Situation nochmals für alle deutlicher denn je wurde. Und daraus erforderliche Schlußfolgerungen für die politisch-ideologische Erziehung, insbesondere für die Erziehung zur Standhaftigkeit unserer Genossen abzuleiten. Durch die Leiter der operativen Dienststeinheiten sind umgehend Treffs durchzuführen, die AKG ist aktuell zu informieren. Es sind Vorschläge zu unterbreiten, Genossen, wie wir gegen diese Personen vorgehen, aber auch wie wir zur Unterstützung der Partei weitere Maßnahmen einleiten können. Personen, gegen die wir keine strafrechtliche Handhabe haben, sind zu übersiedeln. Ich sage das noch einmal. Die uns hier in diesem Zusammenhang über den Weg laufen, die also aufspringen wollten, die alles riskiert haben, ihr Leben, das Leben ihrer Kinder riskiert haben, was wollen wir mit diesen Leuten noch. Die übersiedeln wir. Übersiedeln, damit es zu keinen weiteren spektakulären Dingen kommt. Ganz eng damit im Zusammenhang steht die nächste Frage, nämlich die Sicherung der Staatsgrenze DDR - CSSR.

BStU  
000013

7

Und wir können uns nicht noch einmal leisten, daß die Botschaften besetzt sind durch Leute, die die grüne Grenze passiert haben oder illegal überschritten haben, und wir können uns auch, ich sage das mal hier so, fast nicht mehr solche Aktionen leisten, das hat sich hier ganz deutlich gezeigt. Es ist nicht mehr machbar.

Zu dieser ganzen Situation und Lageeinschätzung hat heute früh eine außerordentliche Beratung der Bezirkseinsatzleitung stattgefunden. Zu Eurer persönlichen Information werde ich Euch das Fernschreiben des 1. Sekretärs der Bezirksleitung der SED Karl-Marx-Stadt und Mitglied des Politbüros, Gen. Siegfried Lorenz, an die 1. Kreissekretäre verlesen. Aber in der Tat zu Eurer persönlichen Information:

"Die Lageentwicklung am gestrigen Tag, besonders in bezug auf weiter anhaltenden Druck auf die Staatsgrenze zur CSSR, verstärkter Versuche oppositioneller Kräfte zu öffentlichkeitswirksamen Verbreiten ihrer Plattformen und durchgeführter provokatorischer Handlungen im Zusammenhang mit der Ausweisung von DDR-Bürgern in der Prager Botschaft der BRD über Schienenwege unserer Republik sind Veranlassung, die Wirksamkeit der politischen Führungstätigkeit zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit zu erhöhen und stabsmäßig zu führen. Durch die Sekretariate der Kreisleitungen ist unter Einbeziehung der Leiter der Sicherheitsorgane umgehend eine gründliche Auswertung der Vorkommnisse des gestrigen Tages und der aktuellen Situation im Kreis vorzunehmen. Daraus abgeleitet sind unter Beachtung der territorialen Schwerpunkte weitere konkrete Maßnahmen festzulegen und zielgerichtet durchzusetzen. Sie müssen sichern, alle Funktionäre der Partei, Vorsitzenden und Funktionäre der befreundeten Parteien und Massenorganisationen mit der Lageentwicklung im Kreis vertraut zu machen, ihre politische Standhaftigkeit zu erhöhen. Mit den Maßnahmen ist zugleich zu gewährleisten, die geplanten Veranstaltungen zur Durchführung des 40. Jahrestages politisch gut abzusichern, alle Versuche von Störungen, geplante demonstrative Handlungen sind durch vorbeugende Maßnahmen zu verhindern. Das gilt auch für den heutigen Tag, denn der MOB ist zwar abgezogen, aber ist noch nicht verschwunden, ja. Auf Anzeichen von negativen Gruppenbildungen, Unterschriftensammlungen u. ä. ist sofort zu reagieren, besonders durch politische Überzeugungsarbeit im Umfeld ist der Charakter der damit beabsichtigten Ziele zu entlarven bzw. Rädelsführer sind zu isolieren. Auf kirchliche Aktivitäten ist besonnen, differenziert und abgestimmt zu reagieren. Alle vorgesehenen kulturellen Veranstaltungen sind so zu beeinflussen, daß ein Mißbrauch der Verbreitung negativer Plattformen weitestgehend unterbunden wird. Von Veranstaltungsverböten ist nur im äußersten Fall Gebrauch zu machen.







Abteilung M

BSTU  
0002

Karl-Marx-Stadt, 7. 10. 1989  
AI/ /89

A K G

**Information**  
Über die Lage unter der Arbeiterklasse und die Stimmung  
der Bevölkerung zu aktuell-politischen und Versorgungsfragen

Am 6. 10. 1989 wurden im IPV - Abgang 6 000 Sendungen bearbeitet. Es wurde dabei festgestellt, daß 90 % dieser Bürger von der gegenwärtigen Lage und Situation bewegt sind.

Ein geringer Teil von ca. 1 % brachte eine positive Meinung zum Ausdruck.

Zunehmend waren politisch-negative, z. T. hässliche, verleumderische Meinungsäußerungen zur gegenwärtigen Situation zu verzeichnen. Bei allen a. g. Sendungen war zu entnehmen, daß man sich ausschließlich an den Meldungen der westlichen Medien orientierte. Die dort verbreitete Hysterie zeigte sich gleichermaßen im Inhalt der Mitteilung in der Briefsendung.

Die erarbeiteten Informationen beschäftigen sich mit der gesamten gegenwärtigen politischen Lage, der Botschaftsbearbeitungen, der Ausweisung der DDR-Bürger und der damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen der Aktion "Schiene" bzw. der Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze Süd.

Im politisch-negativen Sinne wird zum Ausdruck gebracht:

- Die Ereignisse überschlagen sich. Es herrscht eine explosive Stimmung. Überall kocht und brodelt es, warum ignoriert die Regierung die Bevölkerung der DDR? Warum ändert sich nichts?

BSTU  
0003  
2

- Die Regierung habe total das Vertrauen verloren, die Fluchtwelle ist eine harte Antwort auf die zurückliegende Wahl in der DDR.
- Wann wacht die Obrigkeit langsam auf und fängt an sich über die Wurzeln dieser derzeitigen Hysterie Gedanken zu machen und nicht die Schuld immer bei anderen zu suchen.
- Man erwartet eine politische Wende und setzt mit dem Gorbatschow-Besuch Hoffnung auf eine reformfreundliche Politik der DDR.
- Man bedauert, daß die Medien und die Regierung der BRD sich nur auf die Ausreisewilligen konzentriert und kein Wort verliert, über die, die in diesem Staat ausharren müssen, denen es nun am dreckigsten geht.
- Das Gefühl als unmündige Bürger behandelt zu werden, sei das Niederdrückendste.
- Man hofft, daß die senile Führung nach dem Staatsfeiertag geht, weil man ansonsten für nichts mehr garantieren könnte.
- Austritt aus SED und Gewerkschaft würden sich häufen, die Arbeitsmoral habe einen Tiefpunkt erreicht. Unpünktlichkeit und Gleichgültigkeit greifen immer mehr um sich, weil man nicht mehr weiß wofür man arbeitet.
- Wir sind jetzt durch die Maßnahmen CSSR eingesperrt. Es heißt jetzt nicht mehr 40 Jahre DDR, sondern 40 Jahre Knast.
- Unser Staat hat Angst, was am 7. 10. noch alles passiert. Die Polizei hat großen Einsatz alles zu verhindern, damit keine Demonstrationen entstehen können. In unseren Zeitungen steht nichts zu den Vorkommnissen, nur Hurra - Meldungen zum 40. Jahrestag.
- Viele haben Angst und sagen am Wochenende (7. 10.) kann es einen Aufstand mit Blut und ersten Toten geben - siehe China. Was mag in den Köpfen derer vorgehen, die für Ruhe und Ordnung sorgen sollen.
- Man befürchtet auch Zeiten wie in Polen. Die Einführung des Kriegesrechtes mit nächtlicher Ausgangssperre.



BStU  
0003a 3

- Die Menschenansammlungen auf den Bahnhöfen Freiberg, Flöha, KMStadt, Glauchau, Zwickau, Reichenbach und Plauen werden mitgeteilt und Empörung über die Maßnahmen der Sicherheitsorgane zum Ausdruck gebracht. Sie werden als Angst des Staates bewertet.

Beispiele zur Aktion "Schiene" sind u. a.

██████████, 92 Freiberg, ██████████

..."So etwas habe ich noch nie gesehen bzw. mitgemacht. Ines hatte Angst um mich als es hieß, bitte verlassen sie das Bahnhofsgelände, keiner ging, warum auch, wir waren alle in friedlichen Absichten dort hingegangen als es wieder hieß bitte..."

Dann kam ein Sonderkommando mit Gummiknüppel, sie bildeten eine Kette und dann ging es los, sie holten die Stöcke raus und gingen vor, sie schlugen zu egal ob es eine Frau war oder auch Kinder. Vor mir viel eine Frau hin, ich hob sie auf und in dem Augenblick spürte ich einen Schlag auf den Rücken von so einem Gummiknüppel. Die gehen durch dick und dünn, das war Wahnsinn, bitte entschuldige für die Schrift, aber ich zittere so wenn ich wieder daran denke. Und immer wieder der Ruf, wir wollen raus, wir wollen Gorbis, wir wollen raus.

██████████ hatte schon geweint, sie hat mich wiedergefunden. Wenn ich davon anfangen zu reden, sagt sie hör auf, es war doch schon schlimm genug. Dann ein bisschen später kamen Sondereinheiten der Polizei sogar mit Hunden, die sie auf die Menschen los gelassen haben brutal. Es heißt nicht mehr 40 Jahre DDR, sondern 40 Jahre Knast..."

██████████, 9003 KMStadt, ██████████

..."Ich war heute viermal auf unserem Bahnhof. Ich kann Euch sagen, da war was los. Tausende von Menschen, Überfallkommando, Armee und Polizei. Die haben alle auf die Züge gewartet (aus Prag). Sie haben sich auf die Schienen gelegt, sind über Zäune geklettert. Das Überfallkommando ist mit Schlagstöcken und Hunden in die Massen. Die Massen haben gebrüllt Freiheit, Freiheit. So etwas habe ich noch nie erlebt. Alle Straßen waren verstopft. Sie standen auf PKWs und LKWs. Ich wäre am liebsten noch dageblieben. Aber die Massen haben auf einmal versucht, mein Auto umzukippen. Die Polizei hat sie dann weggebrügelt..."

██████████, 9570 Zwickau, ██████████

..."Man müßte das ganze Geschmeiß erschießen. Wir hängen nur noch am Radio und Fernsehen. Man hat uns wieder voll im Griff, aber ganz so ruhig geht das am 7. 10. nicht ab, Vorsorge ist getroffen, die Kampfgruppe und Stasi erlatscht sich bald gegenseitig.

BStU  
0004 4

Na, wir werden sehen. Momentan ist jedenfalls erst einmal die Grenze zu, man hat es erwarten können und trotzdem dachte man, daß sie sich das nicht mehr erlauben. Wir nehmen ja auch an, daß nach dem 7. Okt., wenn die "Geburtstagsgäste" fort sind, die Daumenschrauben angezogen werden. Diese alten verknöcherten Idioten. Wißt Ihr was bei uns auf dem Bahnhof los ist? Es wimmelt von Polizei und Soldaten, schlimm! Wenn dieser Spuck endlich ein Ende hätte, aber ich glaube, freie Wahlen dürften die jetzt nicht machen, sie würden ihr blaues Wunder erleben..."

██████████, 99 Plauen, ██████████

..."Ansonsten ist eine unmögliche Stimmung in der Bevölkerung.

Durch Plauen sind doch die ganzen Flüchtlingszüge gefahren. Kannst Du Dir vorstellen, was auf den ganzen Bahnhöfen los war. Waren die ganzen Gleise blockiert. Armee, Trapo, Polizei haben alles abgesperrt. Ich will nur nicht zuviel schreiben, was los war, ist schlimmer als im Film. Feuerwehr war mit den Wasserschläuchen da. In paar Betrieben wurde gestreikt, eslo ne Stimmung, da krauts den Hund. Am Sonnabend, 7. 10. na kannst Du Dir denken, da ist bestimmt was los..."

██████████, 992 Oelenitz, ██████████

..."Es fehlt nur noch der zündende Funke. In unserem Betrieb war heute die Stasi, weil eine Wandzeitung gemacht worden ist mit Zeitungsausschnitten aus der Freien Presse, die halt nicht unter dem Motto 40 Jahrestag paßten. Dann muß unser Betrieb, wahrscheinlich alle gesellschaftlichen Einrichtungen auch nachts bewacht werden, damit keine Gegenplakate aufgehängt werden. Dann sind heute ja wieder die Züge aus Prag durch Plauen gerollt. Alles war durch Polizei abgesichert. Polizisten habe ich am Bahnhof gesehen, nicht viel älter als Tilo, mit Schlagstöcken und vor dem Bahnhof und auf der Terrasse Massen von Menschen, an der ganzen Strecke waren Massen mit Plakaten. Es waren auch ältere Leute dabei, die bestimmt ihre Kinder mit in dem Zug hatten. In der Nacht muß die Polizei ja alles auseinandergeknüppelt haben. Es waren welche mit Kopfverbände und blutverschmierter Kleidung dabei, wenn ich nicht alles selbst mitgesehen hätte, ich würde es nicht für möglich halten. Jeder erwartet am 7. 10. eine Wende..."



07.10.-09.10.1989

Karl-Marx-Stadt, 7. 10. 1989

557 h/89

BStU  
000101

#### Lageeinschätzung

Über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt am  
7. 10. 1989, insbesondere im Zusammenhang mit Zusammen-  
rottungen feindlich-negativer Kräfte in Karl-Marx-Stadt  
und Plauen

---



BSIU  
000102

Im Verlaufe des 7. 10. 1989 kam es in der Stadt Karl-Marx-Stadt sowie in Plauen infolge von Zusammenrottungen feindlich-negativer Kräfte zu Provokationen und rowdyhaften Ausschreitungen, die zeitweilig die staatliche Sicherheit und öffentliche Ordnung und Sicherheit in diesen Territorien beeinträchtigten.

In Karl-Marx-Stadt wurden diese Provokationen durch das Auftreten von Vertretern und Sympathisanten des staatsfeindlichen Zusammenschlusses "Neues Forum" während der Veranstaltung "Theaterfest im Kulturpalast - Tag der offenen Tür mit Künstlern und Mitarbeitern" in der Spielstätte Luxorpalast am 7. 10. 1989, gegen 11.00 Uhr, ausgelöst.

Dort kam es, nachdem der Schauspieler [REDACTED] das Publikum informiert hatte, daß die Verlesung von Resolutionen abgesetzt worden sei, zu tumultartigen Szenen.

Durch den in Neukirchen, Kreis Karl-Marx-Stadt, wohnhaften Arzt [REDACTED] wurden die Besucher, unter denen sich eine Vielzahl von Sympathisanten des "Neuen Forums" befanden, weiter aufgeputscht. Aktivitäten eingesetzter gesellschaftlicher Kräfte kamen nicht zum Tragen.

Nach Abbruch der Veranstaltung durch den [REDACTED] (Der [REDACTED] und der Schauspieler [REDACTED] wurden am 6. 10. 1989 durch den 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Genossen WEBER, in einem Gespräch sachlich und einfühlsam darauf hingewiesen, daß das Verlesen der Resolution nicht stattfinden darf. Der [REDACTED] hat die Veranstaltung deshalb abgebrochen, weil Ordnung und Sicherheit im Luxorpalast nicht mehr gewährleistet war. Der Luxorpalast hat ein maximales Fassungsvermögen von 640 Personen. Zum Zeitpunkt des Abbruchs befanden sich mindestens 800 Personen im Saal, darunter Kleinkinder. Damit war Sicherheit und Brandschutz nicht mehr gewährleistet und somit Leben und Gesundheit der Besucher gefährdet.) zog ein großer Teil der Besucher gemeinsam mit weiteren vor dem Luxorpalast wartenden zumeist jugendlichen Personen, geführt durch [REDACTED] und andere Beschäftigte des Theaters, zu einem "Schweigemarsch" in Richtung Rathaus. Die Situation in dieser Zusammenrottung von nunmehr zirka 1500 Personen eskalierte auf dem Weg zum Rathaus zur Bereitschaft zur offenen, gewaltsamen Konfrontation mit den Sicherheitskräften.



10



11

Abb. 10  
Hubschrauber-Einsatz bei der Demonstration am 7. Oktober 1989 an der Zentralhaltestelle in Karl-Marx-Stadt  
Foto: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX 2734, S. 2/Bild 29

Abb. 11  
Polizeieinsatzkräfte am 7. Oktober 1989 in der Otto-Grotewohl-Straße (heute Bahnhofstraße) an der Ecke Ernst-Thälmann-Platz (heute Reitbahnstraße) in Karl-Marx-Stadt  
Foto: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XIX 805, Bd. 2, S. 35





12

Abb. 12  
Eine Einheit der Polizeieinsatzkräfte formiert sich vor der Engel-Apotheke Annenstraße an der Ecke Ernst-Thälmannstraße (heute Reitbahnstraße) in Karl-Marx-Stadt.  
Foto: BArch, MfS, BV KMSt, Abt. XX 2734, S. 2/  
Bild 23

BStU  
000193 2

Durch den rechtzeitigen Einsatz der in Bereitschaft liegenden Sicherungskräfte, das I. und II. KGB (mot.), 3 Kompanien der 9. VP-Bereitschaft sowie operative Kräfte der DVP und des MfS, konnte eine räumliche Ausweitung der Provokation und ein weiteres Anwachsen der Zusammenrottung unterbunden werden.

Ab 12.00 Uhr erfolgte der Einsatz der Sicherungskräfte als Räumkette mit dem Befehl "Schlagstock frei" zur Auflösung der Zusammenrottung im Bereich Wilhelm-Pieck-Straße, Zentralhaltestelle, Otto-Grotewohl-Straße. Es wurden 36 Personen vorläufig festgenommen, die als Rädelsführer in Erscheinung traten bzw. den Handlungen Widerstand leisteten. Die Handlungen wurden von einem Hubschrauber des MdI unterstützt. Ab 13.00 Uhr erfolgte die Rückverlegung der Kräfte in ihre Sammelräume.

Seit diesem Zeitpunkt ist die staatliche Sicherheit sowie die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Karl-Marx-Stadt in vollem Umfang gewährleistet.

Zwischen 18.00 Uhr und 18.30 Uhr rotteten sich erneut 30 Personen vor dem Karl-Marx-Städter Rathaus zusammen und traten mit Rufen, wie "Freiheit", "Scheiß SED", "Gorbi - wir wollen raus" in Erscheinung. Durch die Sicherheitskräfte wurde die Personenansammlung aufgelöst, und es erfolgte die Zuführung von 8 Personen.

Auch in der Stadt Plauen haben feindlich-negative konterrevolutionäre Kräfte öffentlichkeitswirksame Demonstrationen angezettelt und die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigt.

Beginnend ab 14.00 Uhr setzte ein Zustrom von kleineren Personengruppen in Richtung Otto-Grotewohl-Platz im Zentrum von Plauen ein. Durch Sympathisanten und weitere Personen aus der Menge erreichte diese Zusammenrottung gegen 15.00 Uhr eine Stärke von 1500 Personen. Diese bewegte sich vom genannten Platz in Richtung Rathaus (Hauptportal), wo eine der sich dort befindlichen Glasscheiben des Haupteingangs eingeschlagen wurde. In der Masse wurden selbstgefertigte Plakate mit Aufschriften, wie "Freiheit", "Freie Wahlen", "Pluralismus" sowie Fahnen der BRD provokatorisch mitgeführt. Gleichzeitig rief die Menschenansammlung im Chor: "Freiheit", "Gorbi", "Ausreisefreiheit".



BSIU  
000104

3

Durch die zum Einsatz kommenden Sicherheitskräfte konnte diese Menge nicht aufgelöst werden, aber es wurde verhindert, daß die an der Zusammenrottung beteiligten Personen ins Rathaus eindrangen. Die Sicherheitskräfte wurden mit Steinen beworfen.

Die randalierende Menge bewegte sich anschließend zurück zum Otto-Grotewohl-Platz und weiter in Richtung Bahnhofstraße, Platz der Roten Armee, SED-Kreisleitung und KD des MfS, wobei sich die Aggressivität weiter steigerte und sich zirka 17.15 Uhr wieder 3000 Personen vor dem Rathaus versammelten. Von ihnen wurde dort lautstark die Forderung erhoben, daß der Oberbürgermeister sowie der Superintendent des Evangelisch-Lutherischen Kirchenbezirkes Plauen, KÜTTLER, reden sollten und 10 Personen aus der Menge vorgelassen worden.

Durch den Oberbürgermeister wurde über Megaphon versucht, beruhigenden Einfluß auf die Masse zu nehmen, aber die Demonstration wurde weiter eskaliert.

Daraufhin sprach gegen 18.00 Uhr der Superintendent KÜTTLER zur Menschenmenge, appellierte an die Vernunft, forderte zu Ruhe und Besonnenheit auf und ersuchte darum, nach Hause zu gehen. Gleichzeitig sagte er, daß Personen, die es wünschen, ihm einen Zettel geben sollten. Er stehe für Gespräche mit jedem zur Verfügung. Auch Superintendent KÜTTLER wurde beschimpft und als Vasall des Staates bezeichnet.

Trotzdem löste sich ein großer Teil der Zusammenrottung auf und der verbleibende Rest von mindestens 500 Personen zog sich zum Theaterplatz zurück, wo diese Personen in teilweise angetrunkenem Zustand weiter randalierten. Zur Auflösung der 20.15 Uhr noch vorhandenen Gruppierung von 250 Personen stehen insgesamt 755 Kräfte der NVA, DVP und des MfS zur Verfügung.

Die zum Einsatz kommenden Sicherheitskräfte haben alle Maßnahmen eingeleitet, daß diese randalierende Menge abgegrenzt wurde.

Während der Ausschreitungen wurden 3 Angehörige der DVP verletzt und 2 Tanklöschfahrzeuge beschädigt.



Abb. 13  
Demonstranten am 7. Oktober 1989 am Otto-Grotewohl-Platz (heute Tunnel) in Plauen  
Foto: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX  
2733, S. 2/Bild 54



*Abt. IX über Stellv. Operativ*

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt

*Vkr 12589*  
*IX 96491*  
BSTU  
000100

**Streng vertraulich**  
**Um Rückgabe wird gebeten!**

Karl-Marx-Stadt, 10. 10. 1989

2 Blatt  
+ Anlagen  
1. Exemplar

Nr. ....

*für: Kordtthauer UR*  
*Abgabe F+PA*

**INFORMATION**  
**über**

Erklärungen der Freiwilligen Feuerwehren Plauen und Neundorf, Kreis Plauen, in denen gegen den Einsatz von Tanklöschfahrzeugen zur Auflösung von Zusammenrottungen am 7. 10. 1989 in Plauen Stellung genommen wird

*Abteilungsexemplar*

Verteiler

Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt  
Vorsitzender des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt  
Zentrale

Leiter der AKG

*[Signature]*  
Dettmeier  
Oberst

BStU  
000101

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

2

Nach den der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt vorliegenden Informationen wandte sich die Freiwillige Feuerwehr Plauen in einer vom [redacted] und weiteren 4 Angehörigen unterzeichneten Erklärung an die Abteilung Inneres des Rates der Stadt Plauen gegen den Einsatz von Tanklöschfahrzeugen des Kommandos Feuerwehr zur Auflösung von Zusammenrottungen am 7. 10. 1989 (siehe Anlage 1).

Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Neundorf wandten sich mit einer ähnlichen Erklärung gegen den Einsatz von Fahrzeugen der Feuerwehr "gegen Demonstranten", wobei 12 Angehörige ihre Absicht bekundeten, aus der Freiwilligen Feuerwehr auszutreten (siehe Anlage 2).

Es ist vorgesehen, mit den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr klärende Aussprachen durch Mitarbeiter der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates der Stadt bzw. des Rates des Kreises Plauen gemeinsam mit Vertretern der Abteilung Feuerwehr des Volkspolizeikreisamtes Plauen zu führen.

Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Plauen ist informiert.





14



15

Abb. 14/15  
Einsatz von Tanklöschfahrzeugen als Wasserwerfer gegen Demonstranten am 7. Oktober 1989 in Plauen  
Fotos: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX 2733, S. 2/Bild 74, 152

Abschrift

Anlage 1

Freiwillige Feuerwehr Plauen      8. 10. 1989  
Wehrleiter  
Rat der Stadt Plauen  
Abteilung Inneres  
Untergraben 1  
Plauen  
9900

BStU  
000102

VPKA Plauen  
Abteilung Feuerwehr  
Oberer Graben  
Plauen  
9900

Erklärung  
der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Plauen zu den Maßnahmen  
mit Tanklöschfahrzeugen des Kommandos Feuerwehr am 7. 10. 1989

Die Freiwillige Feuerwehr Plauen distanziert sich und verurteilt auf das schärfste das Vorgehen mit Tanklöschfahrzeugen gegen Bürger anlässlich einer Kundgebung am 7. 10. 1989 im Bereich Otto-Grotewohl-Platz und Umgebung.

Das zweckentfremdete Einsetzen von Tanklöschfahrzeugen als Wasserwerfer gegen fast ausschließlich friedliche, unbewaffnete Bürger und Kinder vereinbart sich auf keine Weise mit den Aufgaben der Feuerwehr entsprechend dem Brandschutzgesetz vom 19. 12. 1974.

Durch diesen völlig sinnlosen Einsatzbefehl des Einsatzleiters der VP wurden Leben und Gesundheit der bis dahin überwiegend friedlichen Bürger gefährdet sowie Löschfahrzeuge und Leben und Gesundheit der Besatzungen unverantwortbar aufs Spiel gesetzt. Durch diesen Einsatz der Löschfahrzeuge ist das gute Ansehen der Feuerwehr auf das grösste geschädigt worden sowie keine Vertrauensbasis mehr vorhanden.

Die Freiwillige Feuerwehr Plauen wird, bis ein Vertrauensverhältnis Bürger - Feuerwehr wieder entstanden ist, keine Maßnahmen in vorbeugendem Brandschutz durchführen, da ich als Wehrleiter die Gefährdung meiner Kameradinnen und Kameraden durch verständliches emotionales Verhalten der Bürger nicht verantworten kann.



sam -an==

+ bdvp ddn c 2423 owz 07.10.89 0315 ka =

bbbb

chiffriert

mdi odh

bv mfs odh =

lagebericht:

die durchgefuehrten veranstaltungen im zusammenhang mit dem 40.jahrestag der gruendung der ddr sowie die befoerderung von teilnehmern am fackelzug der fdj in der hauptstadt berlin verliefen im bezirk dresden planmaeszig und ohne stoerungen.

im ergebnis der beurteilung der lage, in auwertung der bisherigen erfahrungen und der zu erwartenden handlungen feindlich-negativer kraefte wurden 3 operative fuehrungspunkte im raum der hauptanstrengungen in der bezirkstadt dresden, im bereich hauptbahnhof, leninplatz/prager strasse und altmarkt eingerichtet und besetzt. die einsatzkraefte wurden politisch-ideologisch und operativ auf die zu loesenden aufgaben vorbereitet.

ab 19.00 uhr bildeten sich erste menschenansammlungen auf dem leninplatz in dresden in der groeszenordnung von ca. 400 personen. durch weiteren zuzug verstaerkte sich diese ansammlung und erreichte in kurzester zeit eine groesze von ca. 4500 bis 5000.

im gleichen zeitraum sammelten sich personengruppen vor dem rathaus in dresden sowie den raeten der stadtbezirke ost und sued (jeweils 40-50 personen). dabei handelte es sich um antragsteller, welche die dokumente zur ausreise aus der ddr vforderten. in enger zusammenarbeit mit dem stellv.innere des rates des bezirktes uebernahmen mitarbeiter des rates des stadtbezirktes dresden-ost die abfertigung dieser

BSU  
000048

Fu/E 204/89

AN

2423

1212

0531

BSU  
000049

buerger. durch polizeilichen einsatz erfolgte die aufloesung der menschenansammlung vor dem rathaus, in deren ergebnis 10 zufuehrungen erfolgten. beim eintreffen von einsatzkraeften vor dem rat des stadtbezirktes sued kam es zur sofortigen aufloesung der personengruppen.

auf dem hauptbahnhof gab es keine negativ-feindlichen aktivitaeten. durch kasernierte einheiten wurden alle 4 eingaenge zum bahnhof gesichert. der reisezugverkehr verlief planmaeszig und ohne stoerungen.

aus der im einsatzraum prager strasse/leninplatz befindlichen menschenansammlung wurden steine und flaschen geworfen und mehrfach feindliche losungen wie z.B. "kneuppelpolizei", "wir wollen forum", "wir wollen raus", "menschenrechte und freiheit", "schlagt die kommunistenschweine und haengt sie auf" gerufen.

aus dem handeln und verhalten des aktiven kerns der stoerer war eindeutig eine massiv feindliche einstellung gegen unseren staat die partei der arbeiterklasse und gegen die schutz- und sicherheitsorgane erkennbar.

die erhoehte aggressivitaet wurde deutlich, in dem mit eisenstangen, eisenkugeln geworfen wurde und luftdruckpistolen benutzt worden-

dabei wurden 3 strassenlaternen auf der prager strasse zerstoeert. durch den konzentrierten einsatz von kraeften des vpka und 10 kompanien der 8. vpb, der ohs und der 6.vpb wurde gegen 21.00 uhr der leninplatz geraeumt und die aufloesehandlung in richtung prager str. weitergefuehrt.

dabei zeigte sich, dass sich die mehrzahl der personen in die flanken der handlungsrichtung leningrader str. und dr.-karl-ruedigstr. zurueckzog, waehrend der aktive kern in staerke von 500 - 700 personen zusammenblieb.

diese groesze gruppierung wurde im bereich prager str. zwischen delikat-geschaeft und eiskaffee blockiert und in richtung leningrader str. geraeumt. waehrend dieser raemhandlung wurde eine groeszere anzahl von zufuehrungen realisiert.



BStU  
000050

die eingesetzten einheiten handelten entsprechend den festgelegten weisungen mit sonderausruestung. reizwurfkoerper kamen bei der aufloesung der ansammlung im raum des leninplatzes zum einsatz. die anwendung von polizeiknueppeln erfolgte bei allen raemhandlungen. wasserwerfer waren in der reserve, kamen jedoch nicht zum einsatz.

nach aufloesung des aktiven kerns bildeten sich erneute ansammlungen von gruppen im raum leninplatz sowie im raum wiener str./sidonienstr und bayrische str./fr.-list-platz.

nach konkreter lagebeurteilung wurden die kraefte neu formiert, durch reservekraefte der nva verstaerkt und 4 hauptrichtungen der aufloesung festgelegt. das war der leninplatz, ammonstr./dr.-k.-ruedrig-str., wiener str./sidonienstr. und buengerwiese. um 0.00 uhr begann schlagartig die raemung in diesen 4 hauptrichtungen. in deren folge um 00 .30 uhr alle gruppen aufgeloesst waren.

wahrend der gesamten handlungen war ein verstaerktes auftreten von kfz aus der brd zu verzeichnen, ohne das es konkrete hinweise fuer aktives handeln gab.

im verlauf der handlungen erfolgten insgesamt 367 zufuehrungen, darunter 28 frauen und 6 skien-heads. der ueberwiegende teil der zugefuehrten war aus dem bezirk dresden. weitere konzentrationen gab es aus den bezirken karl-marsx-stadt und leipzig. aus den ersten ueberpruefungen und vernehmungen geht hervor, dasz eine reihe der zugefuehrten bereits an den vortagen an provokatorischen handlungen im stadtzentrum von dresden teilgenommen hat. es ist offensichtlich, dasz diese handlungen durch die laufenden informationen in den westlichen massenmedien ispiriert wurden.

bei vernehmungen und durchsuchungen einiger zugefuehrter wurde reizsprays und schlagringe festgestellt.

wahrend des einsatzes auf der praeger str. war 21.30 uhr kinoschluss (ca.1000 besucher). durch zweckmaeszige masznahmen und ansprechen der besucher wurde durch kanalisierung gesichert, dasz die besucher ohne beeintraechtigungen zu den strassenbahnhaltestellen kamen.

in einer reihe gespraechen zwischen angehoerigen der dvp und buergern aeuserten diese im wesentlichen ihre genugtuung ueber das konsequente einschreiten der dvp zur zerschlagung der provokationen. gleichzeitig wird besorgnis darueber geaeusert, wie lange dieser zustand rowdyhafter feindlicher handlungen einschliesslich sachbeschaedigungen anhalten wird.

BStU  
000051

es gibt aber auch einzelne meinungen, die sich offen gegen die masznahmen der dvp richten. wie 'diskutiert doch mit den menschen und schlagt nicht auf sie ein'.

in den wohngebieten ist man nicht einverstanden mit den veroeffentlichungen. man sollte endlich zeigen, wie brutal die rowdys gegen die sicherungskraefte vorgehen.

wahrend des gesamten einsatzes musz hervorgehoben werden. dasz bei allen einsatzkraeften eine hohe einsatzbereitschaft, mut und disziplin gezeigt wurden.

1 angehoeriger der verkehrspolizei wurde durch eine eisenkugel am oberarm verletzt und medizinisch versorgt.

das enge zusammenwirken mit den diensteinheiten des mfs war durchgaengig gewaehrleistet.

entsprechend der aufgabenstellung des ministers des innern und chefs der dvp sind zur gewaehrleistung einer hohen oeffentlichen ordnung und sicherheit am 07. oktober 1989 umfassende sicherungsmasznahmen eingeleitet.

bdvp dresden  
chef der bdvp dresden  
nyffenegger  
generalleutnant



Volkspolizeikreisamt Leipzig  
stellv. Ltr. / Einsatz

Leipzig, d. 07.10.89

Protokoll

Über Einsatz zur Sicherstellung und Herstellung  
der inneren Ordnung und Sicherheit

BStU  
000073

- 09.45 Uhr Menschenansammlung vor dem Eingang Nikolaikirche/  
Nikolaikirchhof. Nach Erhöhung der Präsenz der DVP  
formierte sich ein loser Marschblock mit Abgang  
Grimmaische Str./ Thomagasse/ Dittrichring/ Schul-  
str./ Burgplatz. Im Bereich des Parkplatzes wurde der  
Marschblock zum Stillstand gebracht. Durch Einsatzkräfte  
der DVP wurden die Bürger aufgefordert, diesen Marsch-  
block aufzulösen, da durch die Anzahl eine Beeinträch-  
tigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit hervor-  
gerufen wurde. Es erfolgten Zuführungen von Personen,  
welche trotz mehrmaliger einzelner Aufforderung dieser  
Forderung nicht Folge leisteten.
- 11.15 Uhr erneute größere Ansammlung von Bürgern vor dem Eingang  
Nikolaikirche, welche den normalen Fußgängerbetrieb  
stark behinderten.
- 11.30 Uhr Aufforderung durch Einsatzkräfte über Lautsprecher zur  
Auflösung dieser Ansammlung. Nach zweimaliger Aufforderung  
wurde der Platz geräumt. Abgangsrichtung Theaterpassage/  
Karl-Marx-Platz. Einzelne Bürger kamen den Forderungen  
nicht nach und sie setzten sich auf die Straße neben  
der Theaterpassage. Nach weiteren mehrmaligen persön-  
lichen Aufforderungen, den Platz zu räumen erfolgte  
auf Grund der Weigerung die Zuführung. Durch diese Per-  
sonen wurde versucht, das Lied "Auf, auf zum Kampf" an-  
zustimmen, welches keinen Erfolg zeigte.
- 14.35 Uhr erneute größere Ansammlung von Bürgern, welche die  
öffentliche Ordnung und Sicherheit im Bereich Nikolai-  
kirchhof störten. Nach Feststellung von Einsatzkräften  
der DVP versuchte die Gruppe geschlossen in Richtung  
Sachsenplatz über Schuhmachergässchen zu marschieren,  
welches durch Sperrkette der Einsatzkräfte der DVP  
verhindert wurde. Vereinzelte Bürger versuchten an der  
Sperrkette Diskussionen zu entfachen und weitere Bürger  
aufzuwiegeln. Aus dieser Gruppe erfolgten Zuführungen.
- 14.45 Uhr 3-malige Aufforderung über Lautsprecher zur Auflösung  
dieser Ansammlung, welche nur vereinzelte Bürger Folge  
leisteten.
- 14.52 Uhr erneute Aufforderung über Lautsprecher
- 14.56 Uhr Räumung des Bereiches durch Einsatzkräfte der DVP und  
Zuführung von Bürgern, die sich widersetzten.
- 15.10 Uhr Bildung Sperrkette auf Nikolaikirchhof / Höhe Theater-  
passage zur Verhinderung einer erneuten Personenan-  
sammlung vor Eingang Nikolaikirche. Zusammenrottung  
mehrere Personen vor dieser Sperrkette in Richtung  
Grimmaische Str. Es wurde versucht, die Einsatzkräfte  
durch Rufe und Diskussionen zu provozieren.

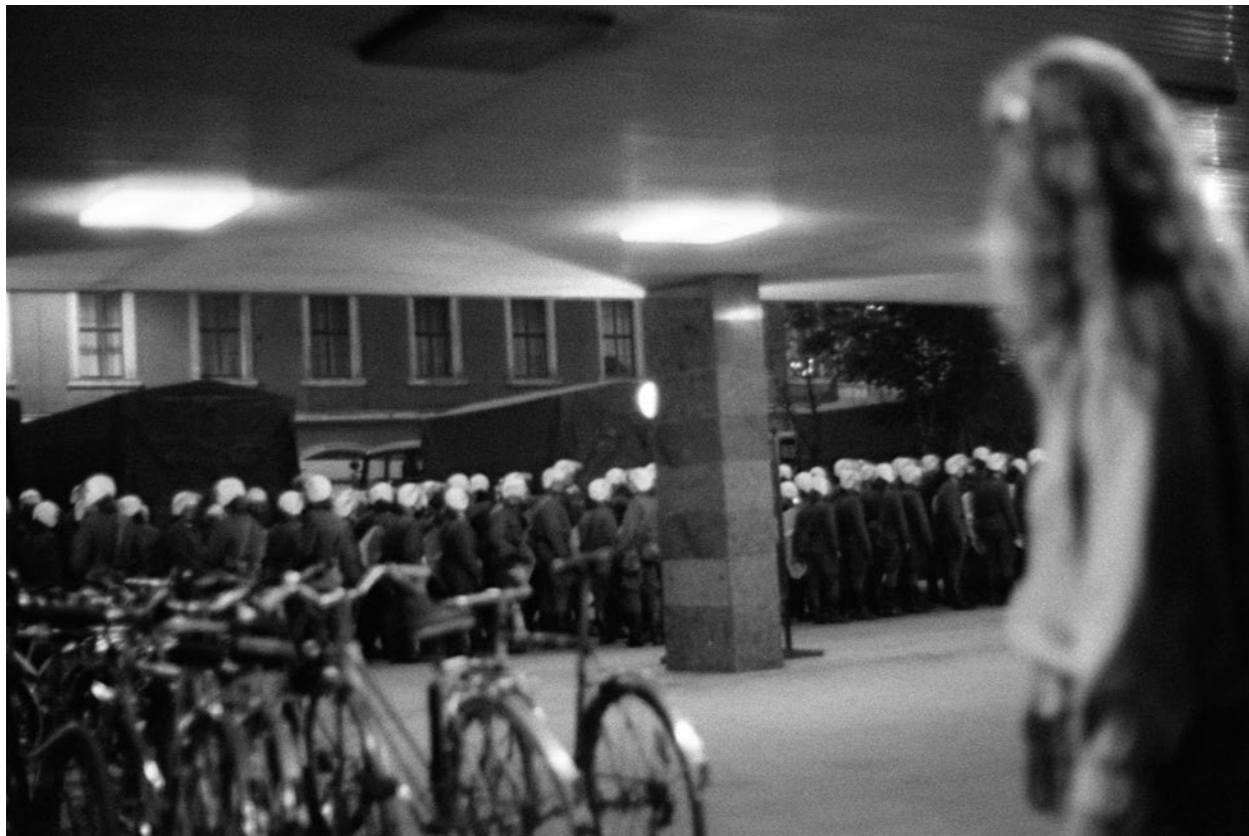
- 2 -

BStU  
000074

- 15.15 Uhr Zuführung einer Person, welche besonders provokativ  
auftrat.
- 15.17 Uhr Die Personensammlung staute sich bis in den Bereich  
Grimmaische Str. und behinderte die Personenbewegung  
Es erfolgte über Lautsprecher die Aufforderung zur  
Auflösung dieser Ansammlung, welcher nur wenige Bürger  
Folge leisteten.
- 15.25 Uhr Erneute Aufforderung über Lautsprecher zur Auflösung der  
Ansammlung
- 15.28 Uhr Nochmals 2-malige Aufforderung zur Auflösung über Laut-  
sprecher. Nur vereinzelter Abgang von Bürgern.
- 15.33 Uhr Räumung des Bereiches in Richtung Karl-Marx-Platz und  
Zuführung weiterer Personen, welche sich widersetzten.
- 16.10 Uhr wiederholte größere Personenansammlung in der Ritterstr.  
zwischen Nikolaikirchhof und Grimmaische Str., welche  
die öffentliche Ordnung und Sicherheit störten. Es er-  
folgten mehrfache Aufforderungen über Lautsprecher, die  
Ansammlung aufzulösen, welchen keiner Folge geleistet  
wurde.
- 16.30 Uhr Nach nochmaliger Aufforderung wurde der Bereich in Rich-  
tung Karl-Marx-Platz durch Einsatzkräfte der DVP geräumt.  
Sich widersetzende und provozierende Bürger wurden aus  
der Gruppe herausgelöst und zugeführt.
- 18.10 Uhr Aus der Innenstadt formiert sich eine größere Personen-  
gruppe zum Marschblock und bewegt sich Karl-Marx-Platz/O  
Goethestr. Demonstration wird durch Einsatz Wasserwerfer  
in Richtung Johannisplatz aufgelöst. Es erfolgten keine  
Zuführungen.
- 18.30 Uhr Formation eines Demonstrationenzuges mit Marschrichtung  
Hauptbahnhof/ F.-Engels-Platz/Dittrichring. Durch Ein-  
satzkräfte wird die Demonstration auf Dittrichring ge-  
stoppt und zurück gedrängt. Aus der Demonstrationsgruppe  
wurden provozierende Personen isoliert und zugeführt.
- 18.45 Uhr Demonstrationenzug setzt Weg fort über Löhrrstr./Hotel  
Merkur/Gerberstr./Hauptbahnhof. Weitere Zuführungen aus  
dieser Demonstrationsgruppe.
- 19.10 Uhr Abzug der Sperrkette zur Sicherung Nikolaikirchhof.
- 19.15 Uhr Erneute Personenansammlung mit Formierung zum Marschblock  
Abgangsrichtung Innenstadt, keine Zuführungen
- 19.25 Uhr Demonstrationsgruppe vom Hauptbahnhof setzt erneuten  
Marsch Richtung F.-Engels-Platz durch. Dabei werden  
Knallkörper gegen handelnde Einheiten der DVP geworfen.  
Die Demonstrationsgruppe wird zum Halt gebracht und es  
erfolgt Rückmarsch Richtung Hauptbahnhof.  
Es werden weitere Zuführungen realisiert.
- 20.10 Uhr Durch Reste der Demonstrationsgruppe wird versucht,  
die Innenstadt wieder durch Hallisches Tor zu erreichen.  
Bei der Auflösung dieser Gruppenerfolgten weitere Zufüh-  
rungen.
- 20.30 Uhr Ende Einsatz.

stellv. Ltr. / Einsatz  
Oberstleutnant der VP





16/17

Abb. 16  
LKW mit Einsatzkräften in der Leipziger Innen-  
stadt, 9. Oktober 1989  
Foto: Eckhard Otto

Abb. 17  
Polizeieinheiten sammeln sich in der Leipziger  
Innenstadt, 9. Oktober 1989.  
Foto: Eckhard Otto

Sachverhalt einer betroffenen an die Stadtstaats- BStU  
anwaltschaft Leipzig 000040

betrifft: den Einsatz von Sicherheitskräften und damit zusammen-  
hängende zuführung und entwürdigende behandlung der  
bürger am 7. Oktober, die eine nacht auf dem agra - ge-  
lände verbringen mußten

Ich arbeite in 3 Schichten und der 7. Oktober war mein einzigster  
freier Arbeitstag, denn am 8. Okt. hätte ich nachts gearbeitet, jedoch  
fühlte ich mich nach dem schrecklichen Ereignis nicht dazu in der Lage.  
Folgendes geschah;

+++

Ich hatte mir mit noch zwei Kolleginnen für den 7. Okt. vorgenommen,  
auf den Bauernmarkt zugehen und anschließend einen kleinen  
Stadtbummel zu machen. Gegen 10.00 Uhr waren wir in der Innenstadt  
und gingen zielstrebig zum Bauernmarkt. Dort kaufte ich mir einen  
Blumenstrauß, den ich später vor der Nikolaikirche niederlegte.  
Gegen 13.00 Uhr trafen wir einen Kollegen auf den Platz vor der  
Nikolaikirche an. Wir blieben stehen und wechselten ein paar Worte.  
Auser uns waren noch mehrere Bürger dort und sie waren ebenfalls  
ins Gespräch vertieft. Einige von den Sicherheitskräften  
liefen auf den Platz auf und ab, kein ungewöhnliches Bild. Alles  
war ruhig und friedlich, nichts deutete auf Unruhen hin. Die von  
den Sicherheitskräften schlossen sich in eine Gruppe zusammen  
und traten an den Rand des Platzes. Plötzlich schrie einer von  
ihnen: "Handeln!"

Panik brach aus. In Sekundenschnelle war der Platz voller Poli-  
zisten, die mit Schlagstöcken bewaffnet waren. Militärlaster fuhr  
auf. (Mannschaftswagen) Dann schlugen die Polizisten wild  
und ziellos auf die Bürger ein. Zogen sie an den Haaren über den  
Platz zu den Lastern. Beim Aufsteigen zog ein zivilgekleideter  
Beamte uns vom Laster aus - auf den Laster. Sie schrien uns an.  
An den Kleidungsstücken wurden wir auf die in den Laster befind-  
liche Bank gezogen. Wir wurden nur mit "Schwein und Sau" von ihnen  
betitelt. Genau 13.33 Uhr fuhr der Laster mit 3 Bürgern und 3 von  
den Sicherheitskräften los. Dann hielt der Laster erst wieder in  
einem Innenhof, der von Gebäuden umgeben war, wer weiß, wo das war.  
Beim Absteigen zog man uns wieder an der Kleidung und es kam  
auch vor, daß sie wieder den Schlagstock zum Einsatz brachten.  
Erst nach den Schlägen wurden wir gefragt, ob man männlich oder  
weiblich sei. Danach mußten wir in ein Gebäude gehen, Treppen  
steigen. Es kam der Befehl, stehen zubleiben, Hände an die Seite,  
Janicht an der Wand anlehnen, denn das wurde bestraft. Dann wur-  
den wir einzeln in einen Gang gebracht, dort wurden unsere Per-  
sonalien festgehalten. Mit einer Begleitperson brachte man uns  
zu einem Raum, der sich am Ende des Ganges befand. Dieser wurde  
von mehreren Polizisten außen und innen bewacht. Dort rein muß-  
ten wir uns setzen. Stunden vergingen, als ein zivilgekleideter Be-  
amte meinen Namen rief. Ich mußte mit ihm mitgehen, wieder Treppen  
steigen, halt. Er schloß ein Zimmer auf und als wir beide uns  
hingesetzt hatten, begann das Verhör oder auch Vernehmung genant.  
Danach mußte ich ein Protokoll unterschreiben. Dann gingen  
wir raus, die Treppen runter. Endstation war in einen Kellergang,  
wo sich eine sogenannte Massenzelle befand. Darinnen befanden  
sich schon mehrere männliche Bürger. Vor der verschlossenen Sit-  
tertür mußte ich stehen bleiben und meine Taschen leeren. Die  
Zigaretten und das Feuerzeug hatte man mir abgenommen. Dann wur-  
de die Sittertür aufgeschlossen und man warf mich rein, wie ein  
Tier zum Fraß. Sekunden waren bloß vergangen, als die Tür wieder  
aufgeschlossen wurde. Ein Polizist kam rein und zog mich an der  
Jacke wieder raus.

- 1 -



man gab mir mein Eigentum zurück. Eine Polizistin führte mich durch einen furchtbar warmen und nur notbeleuchteten Kellergang. Tausend Gedanken gingen mir in diesen Augenblick durch meinen Kopf, die Ungewißheit machte sich in mir breit, wer weiß, was nun passiert. Dann kam mir ein kalter, frischer Luftzug entgegen. Wir kamen an den Innenhof an. Wieder in ein Gebäude, die Treppen erneut steigen. Ich weiß nicht, in welcher Etage ich den Befehl erhielt, stehen zubleiben. Auf dem Flur befanden sich 7 Polizisten und ich mußte wieder in einen Raum gehen. Drinnen waren noch 3 Polizisten zur Bewachung und es saßen schon mehrere Bürger da, die vom gleichen Schicksal betroffen waren, wie ich. Stunden vergingen wieder. Menschliche Bedürfnisse mußten angemeldet werden. Dann wartete man auf eine Entscheidung, wenn es hieß "ja", dann nur in Begleitung. Einer von uns fragte nach etwas zu Essen und was zu Trinken. Für die Frage hin, wurde er auf den Flur gebracht und mußte die Hände an die Wand machen und breitbeinig von der Wand wegstellen. Da in meinem Familienkreis eine Verlobung angesagt war, fragte ich einen Polizisten, ob man den Angehörigen bescheid gibt, wo man sich befindet. Dies wurde mir zugesichert. Doch nach meiner Entlassung mußte ich feststellen, daß das nicht der Fall war.

Es war 21.30. Uhr, als wir wieder aufgerufen wurden. Wieder mußten wir die Treppen runter gehen, erneut ging es auf den Innenhof. Die gleichen Mannschaftswagen standen wieder bereit, wie die beiden Hintransport. In jenem Hof erwarteten uns eine ganze Menge Polizisten, die Helm trugen, das Visier verdeckte ihr Gesicht, mit Schlagstöcken bewaffnet und einige von ihnen trugen ein Maschinengewehr mit sich. Sowie ich es aus Kriegsfilmern kenne, trieben sie uns auf die Laster. In der Schulzeit lernte man mir, wie die Nazis waren. In Friedenszeiten zeigte man mir die Praxis, denn diese Polizisten führten sich ebenso uns gegenüber auf. Auf den Lastern saßen wir beengt, Schulter an Schulter. Dann traten die Polizisten einige Bürger, damit sie das Gitter an den Laster anbringen konnten. Von uns abgeschirmt, saßen noch 4 Polizisten zur Bewachung mit Maschinengewehr. Dann ging die Fahrt los. Es regnete, so als würde der Himmel mit uns Betroffenen weinen und ebenso wenig wenig verstehen, wie wir, was eigentlich sich die ganze Zeit abspielt.

Endstation war auf dem agrar - Gelände. Die Laster hielten, die Absperrung wurde abgebaut, zuerst mußten die Männer absteigen. Wie wir rasch bemerkten, hatten auch dort schlaglustige Polizisten auf uns gewartet. An den Kleidungsstücken wurde beim Absteigen nachgeholfen. Dann mußte jeder seine Jacke ausziehen. Feuerzeuge wurden weggenommen. Die Männer mußten sich breitbeinig von der Wand wegstellen und die Hände an die Wand. Manchmal traten die Polizisten gegen die Hüfte eines Bürgers, sodaß er jeglichen Halt verlor. Dann schrie sie ihn an: "Du Schwein, laß die Pfoten an der wand!" Das war eine Art, wie die Polizisten versuchten uns zu provozieren, in der Hoffnung, daß jemand die Nerven verliert und sie hätten einen Grund zum Schlagen. Nach den Untersuchungen wurden die Männer in Pferdeställe eingesperrt, ca. 20 Männer. Dann mußten wir Frauen absteigen. Auch wie die Männer, mußten wir die Jacke ausziehen und genauso an die Wand stellen. Eine Polizistin nahm die Untersuchung vor. Ich sagte ihr, daß ich meine Periode habe, daraufhin meldete sich ein Polizist zu Wort und sagte: "Na und, Du Sau!" Dann packte mich ein Polizist an meinen Pullover an und schaffte mich ebenfalls in einen Pferdestall, die anderen Frauen auch. Jener Polizist war direkt scharf darauf, daß er die Bürger in den Pferdestall reinbringen konnte. Man konnte es in seinen Gesicht sehen. Mit mir bzw. Mit uns war noch eine ältere Lägerin (längst schon in der Rente) eingesperrt. Sie weinte und zitterte am ganzen Leib. Angst zeigte ihr Gesicht und sie schien nervlich am Boden. Daraufhin riefen wir Frauen einen Polizisten und baten ihn, wenigstens die alte Dame freizulassen. Er lachte uns an und lief dann weg, als hätte er nichts gehört. Keine Achtung vor unseren älteren Bürger.

BStU

000041

Jener Polizisten hätten gut und gerne ihre Söhne sein können. Vergessen ist, daß unsere älteren Bürger unser Land aufgebaut ten. Auch dort mußten wir unsere menschlichen Bedürfnisse anmelden, wieder nur mit Zustimmung und mit Begleitung. Sonntagmorgen 1.00. Uhr erhielten wir eine Sockwurst, ein hartes Brötchen und ein Schluck Tee. Unsere Beine waren schwer, wie sie durch das stundenlange Stehen. Übermüdet und durchgefroren waren wir, beinahe unbeschreibbar. Gegen 4.30. Uhr kam erneut solch ein Laster an, darauf waren ältere Männer, die etwas Alkohol getrunken gehabt. Ein schreckliches Bild, wie sie an uns vorbei liefen, denn einige von ihnen hatten ein blutiges Gesicht, vermutlich wurden sie auch geschlagen. Uns schien es so, als hätte man den Polizisten eine Kopfprämie versprochen. Ca. 12.00. Uhr wurden wir aufgerufen, erhielten unser Eigentum zurück. Mußten dann wieder auf den Laster steigen. Dann ging die Fahrt wieder los. Irgendwo wurden immer 3 Bürger abgesetzt. Dann fuhr der Laster weiter. Ich suchte die Straßenbahn auf und fuhr heim. Ca. 13.00. Uhr kam ich völlig erschöpft zu Hause an. Ich aß und trank noch etwas und ging dann zu Bett. Ich schlief durch bis zum Montagmorgen ca. 9.00. Uhr.

+++

Noch heute ist alles für mich unfassbar. Auch wenn ich jenen 7. Okt. beschreibe, wird sich niemand in die Lage der Betroffenen versetzen können und keiner kann uns die Alpträume abnehmen. Ja, wir leben damit und in uns wurde etwas zerstört. Warum werden die Einsätze von der Polizei der DDR in unsere Presse so hochgespielt, wenn es bei uns auch bloß nicht anders zugeht? Der mir gelernte "Freund und Helfer" hat in mir Mißtrauen aufleben lassen. Das man im Fernsehen ein jubelndes Volk zeigt und die Wahrheit veruscht, daß man zur gleichen Zeit Bürger schlug, ist eine Schande und eine Verleumdung der Bevölkerung. In zu vielen Seelen wurde der 40. Geburtstag der DDR eingepreßt.

Ich fordere:

- das jene Sicherheitskräfte zur Rechenschaft gezogen werden, die an den Aktivitäten am 7. Oktober beteiligt waren
- daß man jenen zur Verantwortung zieht, der den Befehl für derartige Aktivitäten erteilt hat
- eine öffentliche Entschuldigung
- den Schadenersatz (finanzieller Verlust) für die ausgefallene Nachtschicht vom 8. Oktober
- eine Erklärung, was mit den Protokollen geschied, die wir unterschreiben mußten
- daß derartige Einsätze der Sicherheitskräfte nie wieder erfolgen.

\_\_\_\_\_

unterschrift einer Betroffenen

geschrieben am 28. Oktober 1989

\_\_\_\_\_

Leipzig  
7022



1. Stellvertreter des Leiters

Dresden, 8. Oktober 1989  
an-seBSTU  
000096Anruf des Genossen Generalleutnant Neiber am 8. 10. 1989, 10.00 Uhr

Genosse Neiber teilte mit, daß der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen ein wichtiges Fernschreiben gesandt hat. Darin wird auf Vorkommnisse, besonders in den Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Berlin verwiesen und gefordert, daß alle Anzeichen und Krawalle von vornherein zu unterbinden sind.

Unter anderem ist darin festgelegt,

- daß sofort Sitzungen der Bezirkseinsatzleitungen durchzuführen sind,
- unverzüglich Informationen an alle Partei- und gesellschaftlichen Organe anisatiouen erfolgen müssen, um die Arbeit vor Ort schnell zu aktivieren, sachliche Veröffentlichungen mit Stellungnahmen von Werktätigen in der Bezirkspresse.

Auf dieser Grundlage wurde durch den Genossen Minister nochmals in einer Beratung eindeutig unterstrichen:

Entsprechend den bisherigen Forderungen sind keine Ansammlungen zuzulassen und Gruppenbildung sofort zu unterbinden. Alles ist im Keim zu ersticken, journalistische Aktivitäten sind zu unterlassen, gesellschaftliche Kräfte müssen verstärkt zum Einsatz kommen. Wichtig ist, Präsenz der Sicherungskräfte/VP zu zeigen, notwendige Einsatzreserven überall zu bilden, um schnell handeln zu können. Alle Bürger können und sollen uns sehen.

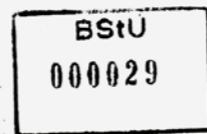
Wichtig ist ein enges Zusammenwirken im Bezirk und die Führung durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung. Für die Kräfte der VP ist der Chef der BDVP verantwortlich.

Auf erforderliche politisch notwendige Entscheidungen muß durch den Leiter der Bezirksverwaltung eingewirkt werden.

*Anders*  
Anders  
Oberst

EINGANG		BSTU 000026	TELEGRAMM	MIS/Dre	09. Okt. 1989 1890	3/ Staat
Dringlichkeit		Flugzeug	GKS GVS VVS	Fu/FS-Nr.: <i>gen. Schmidt</i>		
Absender:		BV Dresden, Leiter				
Empfänger:		MfS Berlin, Minister, Genosse Armeegeneral Mielke				
Stellvertreter des Ministers, Generaloberst Mittag		den 19. 137189				
Stellvertreter des Ministers, Generalleutnant Neiber						
Leiter ZAIG, Generalleutnant Irmeler						
Leiter ZOS, Oberst Sommer						
Dresden, 9. Oktober 1989						
<p>Seit dem 4. 10. 1989 wurde im Stadtgebiet Dresden durch einzelne Flugblätter sowie durch Flüsterpropaganda dazu aufgefordert, sich am 8. 10. 1989, 15.00 Uhr auf dem Theaterplatz zu versammeln. Die Aufforderung war unterzeichnet mit "Gruppe Autonomes Forum".</p> <p>Über diesen Sachverhalt wurden die Bezirksleitung der SED und die BDVP informiert. Am 6. 10. 1989, 15.00 Uhr, wurde eine Beratung unter Leitung des Chefs der BDVP, Genosse Generalleutnant Nyffenegger, durchgeführt, in der im Zusammenhang mit dem Vortrag der gegenwärtigen operativen Lage durch meinen Stellvertreter Operativ ausdrücklich noch einmal auf die geplante demonstrative Zusammenkunft am 8. 10. 1989 auf dem Theaterplatz hingewiesen und die Notwendigkeit unterstrichen wurde, Maßnahmen zur Verhinderung gemeinsam durchzuführen.</p> <p>Durch eingeleitete operative Maßnahmen wurde der Verfasser des Aufrufes ermittelt. Es handelt sich um den einschlägig bekannten <span style="background-color: black; color: black;">[REDACTED]</span>, der in aktiver Verbindung zur Gruppe "Wolfspelz" steht. <span style="background-color: black; color: black;">[REDACTED]</span> wurde bei der Bekämpfung der feindlich-negativen Aktivitäten mit zugeführt und am 7. 10. 1989 durch die Abteilung IX intensiv vernommen. Er nannte dabei weitere Personen, die an der Herstellung und Verteilung der Flugblätter beteiligt waren, so daß am 8. 10. 1989 in den Vormittagsstunden 4 weitere Zuführungen durchgeführt werden konnten.</p> <p>Für den 8. 10. 1989, 15.00 Uhr wurde die Durchführung eines operativen Einsatzes im Zusammenwirken mit der VP vorbereitet.</p>						
Durchschläge/Durchschriften: ..... Stck. Geschrieben: ..... Gesehen: .....						
Eingangsdatum: ..... Uhrzeit: ..... Anfang: ..... Ende: ..... Nachr.-Sachbearb.: .....						





000029

4

Dort war eine besonders hohe Öffentlichkeitswirksamkeit gegeben, da sich zu diesem Zeitpunkt viele Straßenpassanten dort aufhielten.  
In der Ansammlung von 4-5.000 Menschen wurde lautstark gegrölt. ~~\_\_\_\_\_~~

Dort wurden die alten Sprechchöre und zusätzlich - "Dresden erwache" - "Haltet aus" gerufen.

Um 19.35 Uhr setzte sich die Menge erneut in Bewegung und ging vorbei an der BDVP in Richtung Dr.-Rudolf-Friedrich-Brücke/Leningrader Straße.

Aufgrund der nicht voraussehbaren Bewegungsrichtung und der dadurch erschwerten Führung der uniformierten Kräfte gelang es nicht, den Zug zum Stehen zu bringen und am erneuten Einschwenken in das Zentrum zu hindern.

Über die Thälmannstr. und den Altmarkt bewegte er sich wieder in die Prager Straße. Durch die uniformierten Kräfte gelang es, einen erheblichen Teil des Zuges abzuschneiden und durch Aufforderungen und weitere Zuführungen aufzulösen.

Die Blockierung und volkspolizeiliche Umstellung des noch verbleibenden Restes von ca. 1.000 Demonstranten gelang in der Prager Straße zwischen Hotel "Newa" und Rundkino. Es bildeten sich 2 Gruppen.

Der offensichtlich harte Kern des Demonstrationszuges bestand aus 250 Personen und setzte sich vor dem Hotel "Newa" demonstrativ auf die Straße.  
Das Rufen von Sprechchören ging weiter, nunmehr dominierten auch

"Dresden erwache"

"Wir wollen Perestroika"

"Haltet aus"

"Wir bleiben hier - Reformen wollen wir"

"Keine Gewalt - ohne Gewalt"

Die Hauptschreier waren Jugendliche, zum Teil im Alter zwischen 15 und 18 Jahren.

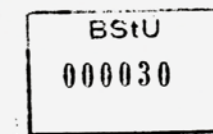
Während des ganzen Weges wurde der Demonstrationszug offensichtlich durch mehrere Personen durch Rufen und Winken an der Spitze dirigiert und geführt. Eine Person konnte bereits ermittelt und zugeführt werden. Es handelt sich um

~~\_\_\_\_\_~~  
geboren am: ~~\_\_\_\_\_~~  
beschäftigt in der Produktionsplanung  
VEB Polypack Dresden.

An der Identifizierung weiterer derartiger Rädelsführer wird gegenwärtig noch gearbeitet.

Es wurden weitere uniformierte Kräfte herangeführt und Festnahme- bzw. Zuführungsgruppen vorbereitet. Durch die operative Kontrolle der Ansammlung wurde festgestellt, daß einige kirchliche Amtsträger versuchten, auf die Menschen im Sinne der Verhinderung von Gewalt einzuwirken. Der Kaplan der katholischen Kirche Richter, Frank betätigte sich dabei wie folgt:

In einer Rede an die Versammelten forderte er die Herausgabe der Gefangenen der letzten Tage und erläuterte die Ziele des "Neuen Forum".  
Er befragte die anwesenden Personen nach ihren Forderungen und legte ihnen die Antworten in den Mund.



000030

5

Durch lautes Klatschen gaben die Versammelten jeweils ihre Zustimmung zu den Forderungen, wie

- Reisefreiheit
- Zulassung des "Neuen Forums",
- Freilassung der politischen Gefangenen,
- Wahlen mit freier Wahl der Kandidaten und der Programme,
- inneren Frieden ohne Gewalt,
- Reform der Presse
- Schulreform.

Anschließend forderte er auf, daß festzulegende Vertreter diese Forderungen dem Oberbürgermeister überbringen sollten.

Es meldeten sich ca. 15 Personen zwischen 30 und 50 Jahren, mit denen gemeinsam sich der Richter, Frank zur Absperrkette der Volkspolizei begab. Er übermittelte einem leitenden VP-Offizier, daß für den Fall, daß sich der Oberbürgermeister bereit erklärt, am 09. 10. 1989 mit 21 Vertretern ein Gespräch zu führen, sie bereit sind, auf die versammelten Menschen einzuwirken, den Platz zu verlassen.

Dieser Sachverhalt wurde durch die Genossen der Deutschen Volkspolizei weitergeleitet, und durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED entschieden, eine zustimmende Antwort zu geben.

Operativ wurde veranlaßt, daß die Personalien der 21 Personen festgestellt wurden.

Gegenwärtig erfolgen dazu die notwendigen Überprüfungen. Neben kirchlichen Mitarbeitern der evangelischen und katholischen Kirche sind bisher eine freischaffende Journalistin und ein Bäckermeister konkret bekannt. Zwischenzeitlich hatten sich Bischof Hempel, Oberlandeskirchenrat Fritz und Superintendent Ziemer im Rathaus eingefunden und baten um ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister Berghofer. Dieses Gespräch wurde vom Stellvertreter Inneres geführt und im Ergebnis wurden die kirchlichen Amtsträger mit einem Funkstreifenwagen durch die Volkspolizei zu den durch die VP umstellten Ansammlungen in der Prager Straße gebracht.

Superintendent Ziemer sprach zu den Ansammlungen und erklärte, daß das geforderte Gespräch am 09. 10. 89 stattfinden wird. Über die Gesprächsergebnisse wurde am gleichen Tag um 20.00 Uhr in der Kreuzkirche, der Christuskirche, der Veröhnungskirche und der Kathedrale informiert.

Die Versammelten sollten den Aufforderungen der Deutschen Volkspolizei unbedingt Folge leisten und jetzt friedlich nach Hause gehen. Daraufhin lösten sich die Ansammlungen innerhalb von 2 - 3 Minuten auf und gegen 22.15 Uhr waren im Dresdner Stadtgebiet Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.

Während der gesamten Aktion wurden insgesamt 261 Zuführungen auf der Grundlage der §§ 212, 217, 220 StGB durchgeführt.

  
Böhm  
Generalmajor



## Bitte weitersagen:

BSU  
000005

Gewaltloser Marsch in Dresden am gestrigen Sonntagabend brachte erste Ergebnisse:

- Montag (9.10.) 9.<sup>00</sup>: Eine Abordnung von 20 Frauen und Männern im Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Dresden.
- Bekanntgabe der Gesprächsergebnisse:  
Montag - HEUTE - 20.<sup>00</sup> Uhr in der  
Kreuzkirche - Dresden ; Versöhnungskirche (Striesen)  
Hofkirche ; Christuskirche (Strehlen)

18

Abb. 18

Plakat mit Aufruf zur Teilnahme an Informationsveranstaltungen über Ergebnisse der Gespräche zwischen der „Gruppe der 20“ und dem Dresdner Oberbürgermeister vom 9. Oktober 1989  
BArch, MfS, BV Dresden, Abt. XX 10510, S. 5

ZWEI AUFRUFE IN LEIPZIG. AM 9. OKTOBER  
1989

Die Leipziger Bürger Prof. K. Masur, Prof. Peter Zimmermann, der Kabarettist Bernd-Lutz Lange und die Sekretäre der SED-Bezirksleitung Dr. Kurt Meier, Jochen Pommert, Dr. Roland Wötzel wenden sich mit folgendem AUFRUF an alle Leipziger Bürger:

BSU  
000028

Unsere gemeinsame Sorge und Verantwortung haben uns heute zusammengeführt. Wir sind von der Entwicklung in unserer Stadt betroffen und suchen nach einer friedlichen Lösung. Wir alle brauchen einen freien Meinungsaustausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. Deshalb versprechen die Genannten heute allen Bürgern, ihre Kraft und Autorität dafür einzusetzen, daß dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird. Wir bitten dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.

In den letzten Wochen ist es mehrfach und in verschiedenen Städten der DDR zu Demonstrationen gekommen, die in Gewalt mündeten: Pflastersteinwürfe, zerschlagene Scheiben, ausgebrannte Autos, Gummiknüppel- und Wasserwerferinsatz. Es gab eine unbekannte Zahl Verletzter, von Toten ist die Rede. Auch der letzte Montag in Leipzig endete mit Gewalt. Wir haben Angst. Angst um uns selbst, Angst um unsere Freunde, um den Menschen neben uns und Angst um den, der uns da in Uniform gegenübersteht. Wir haben Angst um die Zukunft unseres Landes. Gewalt schafft immer nur Gewalt. Gewalt löst keine Probleme. Gewalt ist unmenschlich. Gewalt kann nicht das Zeichen einer neuen, besseren Gesellschaft sein.

Wir bitten alle:

- Enthaltet Euch jeder Gewalt!
- Durchbrocht keine Polizeiketten, haltet Abstand zu Absperrungen!
- Greift keine Personen oder Fahrzeuge an!
- Entwendet keine Kleidungs- oder Ausrüstungsgegenstände der Einsatzkräfte!
- Werft keine Gegenstände und enthaltet Euch gewalttätiger Parolen!
- Seid solidarisch und unterbindet Provokationen!
- Greift zu friedlichen und phantasievollen ~~Mixtur~~ Formen des Protestes!

An die Einsatzkräfte appellieren wir:

- Enthaltet Euch der Gewalt!
- Reagiert auf Friedfertigkeit nicht mit Gewalt!

Wir sind ein Volk!  
Gewalt unter uns hinterläßt ewig blutende Wunden!

Partei und Regierung müssen vor allem für die entstandene ernste Situation verantwortlich gemacht werden. Aber heute ist es an uns, eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern. D von hängt unsere Zukunft ab!

Arbeitskreis Gerechtigkeit  
Arbeitsgruppe Menschenrechte  
Arbeitsgruppe Umweltschutz



BV Leipzig Gen. Krankh Leipzig, 7.10.89  
HSt. XXII gau

BStU  
000063

Information zu festgelegten Maßnahmen in  
Zusammenhang mit den "Montageereignissen"  
in Leipzig

Am 06.10. fand 8<sup>15</sup> Uhr bei [redacted]  
der KMM [redacted] eine Beratung  
statt in deren Ergebnis Maßnahmen zur  
Sicherung des Arbeitsbereichs der KMM  
am 9.10. in Zusammenhang mit zu erwartenden  
Massenaktionen nach dem Montagegebiet  
festgelegt wurde.

Auf Grundlage dieser Beratung hatte die  
einzelne Bereiche der KMM bis 6.10. 12<sup>00</sup> Uhr  
die [redacted] Maßnahmen für diese  
Maßnahmenplan konvert vorausgelegt.

Daraufhin führte der [redacted] der  
Bereichs Medizin [redacted] dazu  
eine Beratung mit Betroffen Genosse/Kollegen  
durch (Gen. [redacted]; Gen. [redacted]; Gen. [redacted]  
[redacted]; Gen. [redacted]; Frau [redacted])  
und [redacted] (in Beratung  
mit [redacted] Medizin)

Folgende Maßnahmen wurde für die Bereichs  
Medizin festgelegt, die in der Bereichsleitungs-  
sitzung am 6.10.89 13<sup>00</sup> Uhr von [redacted]  
Medizin bestätigt wurden:

am 9.10. ist:

- die Arbeitsbereitschaft zu sichern
- Sicherstellung der med. Versorgung und Zube-  
haltung bei erhöhtem Unfall in Chirurgie
- Bereitstellen von Ärzten über Bereichsärzt-  
schaft in der Chirurgie hinaus
- bei erhöhtem Unfall Erbesetzung der Uro-  
logische und Neurochirurgischen Klinik
- erhöhte Bereitstellung / Abdeckung es sind  
Vorhandensein des Medizinischen Base für  
mögl. erhöhte OP
- Gewährl. von OTS in Bereichs Medizin

BStU  
000064

Diese Maßnahmen sind von der verantwortlichen  
Genosse und Kollegen vertraulich zu behandeln

Quelle FTM "Fedes"

Gen. S. [redacted] [redacted]



## MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksvorwaltung Leipzig

BSU

000001

Streng vertraulich!  
Um Rückgabe wird gebeten!

Leipzig

10. 10. 1989

Blatt

Exemplar

Nr.

## INFORMATION

über

Reaktionen der Bevölkerung des Bezirkes zur nichtgenehmigten Demonstration am 9. 10. 1989 in Leipzig und damit zusammenhängenden Problemen

Vor dem Hintergrund der in den letzten Wochen verschärften Angriffe der gegnerischen Medien im Zusammenwirken mit inneren feindlichen Kräften und damit zusammenhängenden sehr starken Diskussionen zum Problem des Verlassens der DDR, den ihm zugrundeliegenden Ursachen - die überwiegend den inneren Bedingungen in der DDR zugewiesen worden -, ist auf der Grundlage aktueller interner Informationen aus nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen einzuschätzen, daß die nichtgenehmigte Demonstration vom 9. 10. 1989 einen absoluten Diskussionszeitpunkt darstellt. Diese Diskussionen konzentrieren sich auf die Stadt Leipzig und sind in allen Bevölkerungsschichten sowie politischen Kräften und Organisationen anzutreffen.

Erkennbare Haupttendenzen sind:

- Die offensichtliche Erhöhung des Einflusses des "Neuen Forum", die in der hohen Zahl der Teilnehmer der Demonstration sichtbar wird, die sich in unterschiedlichen Maße mit verbreiteten Auffassungen des "Neuen Forum" identifizieren.

BSU  
000002

2

- Die sichtbare Erleichterung, daß es zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Schutz- und Sicherheitskräften kam, die bei unterschiedlichen Wertungen der weitreichenden negativen Auswirkungen von Gewalt als Ausgangspunkt und Zeichen für einen Dialog bezeichnet werden.
- Die nahezu übereinstimmende Zustimmung zu den über Rund- und Stadtfunk verbreiteten 'Appell an alle Leipziger' durch Kurt Masur, 3 Sekretäre der SED-Bezirkleitung und weitere Personen, wobei auf das Erfordernis des tatsächlichen Beginns eines Dialoge verwiesen wird.
- Die Erwartung, daß die Partei- und Staatsführung mit einem offenen Wort zu den angestauten innenpolitischen Problemen Stellung nimmt und Lösungen im Sinne von Reformen gefunden werden (dabei besteht weitgehend Unklarheit über den Inhalt solcher Reformen).
- Eine breite Palette von innenpolitischen Fragen, die in diesem Zusammenhang angeführt werden, die zu lösen seien, wobei häufig eine Bezugnahme oder Zustimmung zu Forderungen des "Neuen Forum" erkennbar sind.

Beachtenswert ist die häufige Auffassung von Teilnehmern und Zuschauern der Demonstration, daß es nicht richtig sei, diese mit Rowdys gleichzustellen (siehe auch Sprecher "Wir sind keine Rowdys").

Viele anfänglich Neugierige hätten sich angeschlossen und durch Teilnehmer seien mehrfach Versuche extremer Elemente zu feindlichen Dokundungen selbst zum Teil energisch unterbunden worden, wozu auch die Einflußnahme durch kirchliche Amtsträger und verschiedene Appelle zur Gewaltlosigkeit beitrugen.

Erkennbar ist ein hoher Anteil von Studenten der KJW und anderen Hoch- und Fachschulen Leipzigs, wobei der Bereich Medizin der KJW (interne Einschätzungen zufolge hörten ca. 50 % der Studenten teilgenommen) einen Schwerpunkt darstellt.



BStU

000003

3

Es gibt Überlegungen von dem politischen Hintergrund zuzuordnenden Kräften sowie kirchlicher Amtsträger, wie die entstandene Situation für die Erweiterung ihres Einflusses genutzt werden kann.

Erleichterung über den gewaltfreien Ausgang der Demonstration sei in einer Vielzahl von Betrieben und Einrichtungen anzutreffen. Der Übergang zur Gewaltlosigkeit sei Symbol für den beginnenden Dialog (Angehörige der Sektion Theologie u. a. Bereiche der KfU, kirchliche Amtsträger, Beschäftigte verschiedener Betriebe). Die Gefahr der Ausuferung in Straßenschlachten (Kombinat Baukombi u. a.) sowie bürgerkriegsähnliche Zustände analog in der VR China hätten zu nicht übersehbaren Folgen geführt. Diese Erleichterung war auch unter in Bereitschaft stehenden Angehörigen von Kampfgruppen und der VI-Bereitschaft erkennbar.

Verschiedentlich ist Angst vor weiterer Eskalation der Auseinandersetzung erkennbar, wobei auf den 17. 6. 1989 verwiesen wird.

In diesem Zusammenhang würden an der Sektion Chemie der KfU durch Angehörige des Lehrkörpers unkontrollierbare Handlungen von Studenten befürchtet, wenn nicht schnelle Lösungen gefunden würden. Analog wird in Kreisen der ESG diskutiert, wobei der Dialog bejaht, aber auf mögliche Eskalation oder Gewalt hingewiesen wird. Internen Informationen zufolge wurde in der KSG ein "Aufruf zum gewaltfreien Dialog" verfaßt, der zur Verbreitung kommen soll.

Der "Appell an alle Leipziger" wurde sowohl von Teilnehmern der Demonstration, als auch in Betrieben und Einrichtungen übereinstimmend als richtiger Schritt zur Beruhigung der Lage in einer brennenden Situation gewertet.

Dabei wird dieser verschiedentlich als Schritt der SED-Bezirksleitung charakterisiert aber auch die Frage gestellt, ob das mit dem ZK abgestimmt sei.

Daran wird verbreitet die Erwartung geknüpft, daß tatsächlich zu einem Dialog übergegangen werde, der allerdings in Ruhe und Ordnung auch seitens der oppositionellen Kräfte geführt werden müsse.

BStU

000004

4

Durch Mitglieder der Partei wird erwartet, daß der Dialog unter Führung der Partei geführt wird und daß die Mitglieder auf die zu erwartenden Auseinandersetzungen richtig eingestellt werden. In diesem Zusammenhang wird weiter erwartet, daß begründete Argumentationen zur Auseinandersetzung mit Positionen des "Neuen Forum" vermittelt werden.

Vormerkt wird, daß keine Veröffentlichung des genannten Appells in der LVZ vom 10. 10. 1989 erfolgte; das könne den begonnenen Dialog stören und zur Verunsicherung führen.

(U. a. Ingenieurschule für Pharmazie; Akademie der Wissenschaften "Die Nichtveröffentlichung sei ein Dämpfer")

Bemerkenswert ist die im Bereich Medizin der KfU verschiedentlich anzutreffende Auffassung, daß der Dialog geführt werden müsse ohne wesentliche Freiheiten preiszugeben und daß das "Neue Forum" in Verantwortung zu nehmen sei.

Scharfe Angriffe werden unvermindert gegen die gegenwärtige Informationspolitik gerichtet. Die Vermittlung von Informationen erfolge zu langsam; auch die Informationstätigkeit zur Demonstration am 9. 10. 1989 sei dafür ein Beispiel.

Befürwortet wird die Zurückweisung der Westjournalisten aus Leipzig am 9. 10. 1989, da ihnen damit die Möglichkeit der Original- und Erstinformation genommen wurde.

In diesem Zusammenhang wird in verschiedenen Bereichen die allgemein anzutreffende Schönfärberei verurteilt.

Im VEB HLW wird hinsichtlich der zu verändernden Versorgungsprobleme diskutiert, vor 5 Jahren sei man als Hitzemacher bezeichnet worden, wenn man auf Probleme aufmerksam mache.

Eine relativ starke Rolle spielt die Frage nach der Arbeit mit der Jugend. Hier müsse die Partei arbeiten und klarer arbeiten. Die Argumentation in der "Jungen Welt" werde als beispielgebend bezeichnet.



BStU

000005

5

Die am 9. 10. 1989 den Kräften der Bereitschaftspolizei gestellten Aufgaben wurden zuverlässig und diszipliniert gelöst. Die Mehrzahl der VPB-Angehörigen ist sichtlich erleichtert darüber, daß es am 9. 10. 1989 nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Es gab Einzelercheinungen des Zurückweichens. Generell wird die Frage gestellt, wie es nunmehr weitergehen soll.

Ein erheblicher Teil der Einsatzkräfte einschließlich Offiziere und Berufsunterführer

- war von der hohen Zahl der Demonstranten tief beeindruckt und fassungslos;
- stellte nach der Zurückhaltung der Einsatzkräfte die Frage, ob trotz des sicher vermeintlichen Bluthabens wir noch das Heft des Handelns, und die Initiative in der Hand halten;
- äußerte, daß unsere Partei nun endlich in die ideologische Offensive geht, daß die Massenmedien wirksam einbezogen werden, da jede weitere Zurückhaltung den Gegner stärkt.

Wiederholt waren Versuche von Demonstranten zu verzeichnen, in Bereitstellungsräumen befindliche Angehörige der VP und der Kampfgruppen in Diskussionen zu verwickeln. Dabei wurde vor allem mit der angekündigten Gewaltlosigkeit des Auftretens und dem Ziel des Erreichens eines Dialoges mit der Regierung argumentiert. Offensichtliches Ziel war, die Genossen von einer aktiven Einertz abzuhalten.

Aus internen Meinungsäußerungen evangelisch-kirchlicher Amtsträger (u. a. Superintendent Magirus), hochgradig gebundenen Personen, Mitgliedern aus Arbeitskreisen sowie Demonstrationsteilnehmern vom 9. 10. 1989 geht einstimmig innere Befriedigung und Genugtuung bezüglich des gewaltlosen Verlaufs der Demonstration und des besonnenen Verhaltens der VP und Sicherheitskräfte hervor. Man wertete es als erstes Zeichen der Vernunft und Dialogbereitschaft mit Andersdenkenden.

Um die gesamte Lage auch in nächster Zeit zielgerichtet zu entspannen und Verständnisse bei den unbefriedigten Bürgern zu er-

BStU

000006

6

rechen, wird erhofft - und das im Interesse des Staates -, daß weitere Zeichen in Richtung einer erforderlichen Reformpolitik gesetzt werden.

Die Anfänge seien vorhanden, das Ventil hätte den überhöhten Dampf abgelaassen, jetzt dürfe kein überhöhter Druck durch Unmut und erhebliche Ausweglosigkeit entstehen und zugelassen werden.

Leiter der Bezirksverwaltung

Humbitzsch  
Generalleutnant







Nach dem 9. Oktober 1989 häuften sich nun von Woche zu Woche Friedensgebete, Massendemonstrationen, politische Kundgebungen und die Formierung von oppositionellen Gruppen überall in der DDR. Gemeinsame Forderungen all dieser Bewegungen waren ein Dialog mit der Regierung, der eine grundsätzliche Diskussion über Veränderungen in der DDR zuließ, der Verzicht der SED auf ihren Führungsanspruch, eine demokratische Umgestaltung der Verhältnisse, Meinungs- und Reisefreiheit. Am 8. November wurde die oppositionelle Sammlungsbewegung Neues Forum offiziell von der SED-Führung als politische Gruppierung anerkannt. Die SED und damit auch ihre Geheimpolizei, die Stasi, verloren zunehmend die Deutungshoheit über die Ereignisse. Mit neuen Regelungen zur ständigen Ausreise versuchte die Regierung noch einmal, die Bürger zu beschwichtigen und ihre Macht zu erhalten. Doch nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 war das Bestreben der Menschen nach einem schnellen Ende der Mangelwirtschaft und der Bevormundung nicht mehr aufzuhalten. Die Forderung nach der Einheit Deutschlands rückte mehr und mehr auf die Tagesordnung. Nicht nur die SED, sondern auch ihr „Schild und Schwert“, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), unterlagen in der Folgezeit Auflösungserscheinungen. Am 17. November wurde das MfS in „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) umbenannt. Das SED-Politbüro erklärte sich am 22. November zu Gesprächen mit Bürgervertretern am Zentralen Runden Tisch bereit. Am 1. Dezember strich die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung.

Ihrer Empörung über jahrzehntelange Überwachung und Kontrolle machten Bürgerinnen und Bürger bei der Besetzung des nunmehr umbenannten Bezirksamts für Nationale Sicherheit in Erfurt am 4. Dezember Luft. Damit begann eine Besetzungswelle von zahlreichen weiteren Stasi-Dienststellen, bei der spontan gebildete Bürgerkomitees mit Hilfe von Staatsanwälten und Volkspolizei die Akten versiegelten. Sie verhinderten damit die vollständige Vernichtung des Aktenmaterials und ermöglichten so die Öffnung der verbliebenen Unterlagen, die wir heute als zeithistorische Dokumente nutzen können. Am 15. Januar 1990 schließlich erstürmten einige tausend Menschen auch die Berliner Stasi-Zentrale in der Normannenstraße.

Auf Druck von Oppositionsvertretern, die Staatssicherheit ersatzlos aufzulösen, wurde neben den regionalen Bürgerkomitees und der AG Sicherheit des Zentralen Runden Tisches am 8. Februar auch ein staatliches „Komitee zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS“ gebildet. Bis Ende März sollten alle Mitarbeiter der Stasi – bis auf die der Auslandsespionage – aus dem Dienst entlassen sein. Mit den ersten freien Wahlen in der Geschichte der DDR am 18. März 1990 hatte sich eine wesentliche Forderung der Demonstrationen vom Herbst 1989 erfüllt. Eine weitere wurde am 3. Oktober mit der Wiedervereinigung Deutschlands Wirklichkeit.



## Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
Abt. III	Funkaufklärung
Abt. VI	Grenzüberschreitender Verkehr, Tourismus
Abt. VIII	Beobachtung und Ermittlung
Abt. IX	Untersuchungsorgan
Abt. XIX	Verkehr, Post, Nachrichtenwesen
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
Abt. M	Postkontrolle
Abt. roem. 6	hier gemeint Abt. VI
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Asta.	Antragsteller – auf ständige Ausreise aus der DDR
BArch	Bundesarchiv
BdL	Büro der Leitung/des Leiters
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
bhf.	Bahnhof
BL	Bezirksleitung
bln	Berlin
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
cfs	chiffriertes Fernschreiben
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Ddn	Dresden
DDR	Deutsche Demokratische Republik
de	Diensteinheit
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DVP	Deutsche Volkspolizei
D-Zuges	Durchgang-Zug
ESG	Evangelische Studentengemeinde
F	Feuerwehr
FDJ	Freie Deutsche Jugend
F. d. R.	Für die Richtigkeit
FIM	Führungs-IM
Fstw.	Funkstreifenwagen
Gen.	Genosse
gez.	gezeichnet



GKS	Geheime Kommandosache
GVS	Geheime Verschlusssache
Güst	Grenzübergangsstelle
HA	Hauptabteilung
HA II	Spionageabwehr
HA IX	Untersuchungsorgan
HA XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche
HA roem. 2	hier gemeint HA II
HA roem. 9	hier gemeint HA IX
HA roem. 20	hier gemeint HA XX
Hptm.	Hauptmann
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IPV	internationaler Postverkehr
KD	Kreisdienststelle
Kfz	Kraftfahrzeug
KGB	Kampfgruppenbataillon
KMStadt	Karl-Marx-Stadt
KMU	Karl-Marx-Universität
Kp	Kompanie
Krs.	Kreis
KSG	Katholische Studentengemeinde
Ltr.	Leiter
LVZ	Leipziger Volkszeitung
MdI	Ministerium des Inneren
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
Mj.	Major
MOT	Motschütze
mot.	motorisiert
Mstr.	Meister
NVA	Nationale Volksarmee
OdH	Offizier des Hauses
OES	Operativer Einsatzstab
OHS	Offiziershochschule
Omstr.	Obermeister
OP	Operation
OPK	Operative Personenkontrolle
OSL	Oberstleutnant
Owm.	Oberwachtmeister
PA	Personalausweis
PKE	Passkontrolleinheit
PKW	Personenkraftwagen
Prof.	Professor

RBD	Reichsbahndirektion
RD	Rückwärtige Dienste
rueckw.	Rückweisung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Stck.	Stück
Stellv.	Stellvertreter
SV	Strafvollzug
trapo	Transportpolizei
TPA	Transportpolizeiamt
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
Vpb	Volkspolizeibereitschaft
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOS	Zentraler Operativstab
StGB	
§ 212 StGB	Widerstand gegen staatliche Maßnahmen
§ 217 StGB	Zusammenrottung
§ 220 StGB	Staatsverleumdung





Fotos: BArch, Stasi-Unterlagen-Archiv/Dresden

## Stasi-Unterlagen-Archiv

### Akteneinsicht – Bestandserhaltung – Aufklärung über das Wirken der Stasi

Trotz massiver Aktenvernichtungen durch die Staatssicherheit sind insgesamt rund 111 Regal-Kilometer Schriftgut sowie zahlreiche Foto-, Film-, Video- und Tondokumente im Stasi-Unterlagen-Archiv erhalten geblieben. Es sind Zeugnisse eines Spitzelapparates, Dokumente über geplantes und begangenes Unrecht, über Anpassung und Verrat, aber auch Belege für Zivilcourage und Widerstand.

Seinen Hauptsitz hat das Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin. Zudem gibt es Standorte in zwölf ehemaligen Bezirksstädten der DDR: Chemnitz (ehem. Karl-Marx-Stadt), Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl. In Cottbus gibt es eine Beratungsstelle; hier ist ein Standort mit der Möglichkeit zur Akteneinsicht und mit Bildungsangeboten geplant.

Unabhängig vom Wohnort können Bürgerinnen und Bürger in allen Dienststellen Akteneinsicht beantragen und die eigenen Unterlagen einsehen. Zudem können Besucherinnen und Besucher bei Archivführungen, Veranstaltungen und Ausstellungen mehr über die Arbeit des Archivs und die Methoden und Wirkungsweise der Stasi erfahren.

Ausführliche Informationen finden Sie im Internet unter [www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de) und [www.stasi-mediathek.de](http://www.stasi-mediathek.de).



**Kontakt Daten Berlin****Stasi-Unterlagen-Archiv**

Karl-Liebknecht-Straße 31/33  
10178 Berlin-Mitte  
Postanschrift: 10106 Berlin  
Tel.: 030 2324-50  
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Bürgerberatung**

Beratung zu Antragstellung und Einsicht in die Stasi-Unterlagen ist zu folgenden Zeiten möglich:  
Mo-Do 08:00-17:00  
Fr 08:00-14:00  
Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:  
030 2324-7000

**Anfragen zur Akteneinsicht für Forschung und Medien**

Tel.: 030 2324-9051/-9061  
GZ.AU5@bundesarchiv.de  
GZ.AU6@bundesarchiv.de

**Abteilung Vermittlung und Forschung**

Tel.: 030 2324-6701  
gz.kw@bundesarchiv.de

**Fachbibliothek**

Bitte entnehmen Sie die Öffnungszeiten dem Online-Auftritt der Bibliothek:  
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bibliothek  
Tel.: 030 2324-6826  
bibliothek.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Ausstellungen und Dokumentationen**

Tel.: 030 2324-6731  
ausstellungen.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Presseanfragen**

Tel.: 030 2324-7181  
presse@bundesarchiv.de

**Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie**

Ruschestraße 103  
10365 Berlin

Öffnungszeiten Ausstellungen/Besucherzentrum:  
Mo-Fr 10:00-18:00  
Sa, So, Feiertag 11:00-18:00

**Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv**

„Einblick ins Geheime“  
„Haus 7“  
Tel.: 030 2324-6699  
einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de  
www.einblick-ins-geheime.de

**Stasimuseum**

**Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“**  
„Haus 1“  
Tel.: 030 553 68 54  
info@stasimuseum.de  
www.stasimuseum.de

**Besucherzentrum**

„Haus 22“  
Tel.: 030 2324-6999

**Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“**

täglich rund um die Uhr zugänglich

**Bildungsteam**

„Haus 1“  
Tel.: 030 2324-6757  
bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de  
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung

**Campusentwicklung und Veranstaltungen**

Tel.: 030 2324-7196  
campus.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Kontakt Daten Brandenburg****Standort Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87  
15234 Frankfurt  
Tel.: 0335 6068-0  
frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Cottbus**

Karl-Marx-Straße 7  
03044 Cottbus  
Aktuelle Termine finden Sie auf  
www.stasi-unterlagen-archiv.de

**Kontakt Daten Mecklenburg-Vorpommern****Standort Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120  
17033 Neubrandenburg  
Tel.: 0395 7774-0  
neubrandenburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Rostock**

Straße der Demokratie 2  
18196 Waldeck-Dummerstorf  
Tel.: 038208 826-0  
rostock.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Schwerin**

Görslow, Resthof  
19067 Leezen  
Tel.: 03860 503-0  
schwerin.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Kontakt Daten Sachsen-Anhalt****Standort Halle**

Blücherstr. 2  
06122 Halle  
Tel.: 0345 6141-0  
halle.stasiunterlagenarchiv.bundesarchiv.de

**Standort Magdeburg**

Georg-Kaiser-Str. 7  
39116 Magdeburg  
Tel.: 0391 6271-0  
magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Kontakt Daten Sachsen****Standort Chemnitz**

Jagdschänkenstraße 52  
09117 Chemnitz  
Tel.: 0371 8082-0  
chemnitz.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Dresden**

Riesaer Straße 7  
01129 Dresden  
Tel.: 0351 2508-0  
dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Leipzig**

Dittrichring 24  
04109 Leipzig  
Tel.: 0341 2247-0  
leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Kontakt Daten Thüringen****Standort Erfurt**

Petersberg Haus 19  
99084 Erfurt  
Tel.: 0361 5519-0  
erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Gera**

Hermann-Drechsler-Straße 1  
Haus 3  
07548 Gera  
Tel.: 0365 5518-0  
gera.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Suhl**

Weidbergstr. 34  
98527 Suhl  
Tel.: 03681 456-0  
suhl.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de



## Dokumentenhefte

### Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

Bisher erschienen:

#### **Aktion „Gegenschlag“**

Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983

88 S., Berlin 2013

#### **Die Stasi in Stuttgart**

Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv

80 S., Berlin 2013

#### **Udo rockt für den Weltfrieden**

Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen

112 S., Berlin 2013

#### **„Eingeschränkte Freiheit“**

Der Fall Gabriele Stötzer

80 S., Berlin 2014

#### **Operativer Vorgang „Inspirator“**

Der Weimarer Montagskreis

110 S., Berlin 2014

#### **Kommunalwahlfälschung am**

**7. Mai 1989**

in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg

78 S., Berlin 2014

#### **Kommunalwahlfälschung am**

**7. Mai 1989**

in den ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)

82 S., Berlin 2014

#### **Gefängnis statt Rolling Stones**

Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen

132 S., Berlin 2014

#### **„Überall kocht und brodel es ...“**

Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen

106 S., Berlin 2014

#### **Niedersachsen und die Stasi**

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“

92 S., Berlin 2014

#### **„Keine Gewalt!“**

Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89

132 S., Berlin 2014

#### **„Stasi raus – es ist aus!“**

Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei

160 S., Berlin 2015

#### **Hessen und die Stasi**

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“

58 S., Berlin 2015

#### **Tschernobyl**

Der Super-GAU und die Stasi

82 S., Berlin 2016

#### **„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“**

Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann 1976 aus der DDR

112 S., Berlin 2016

#### **„... anarcho-terroristische Kräfte“**

Die Rote-Armee-Fraktion und die Stasi

111 S., Berlin 2017

#### **Rheinland-Pfalz und die Stasi**

Spionage, Überwachung, Verschleierung

77 S., Berlin 2017

#### **„Blick in einen Zerrspiegel“**

Der Fall Gilbert Radulovic in den Stasi-Unterlagen

128 S., Berlin 2018

#### **Das geteilte Berlin und die Stasi**

Spionage, Opposition und Alltag

119 S., Berlin 2018

*Die Dokumentenhefte sind kostenlos beim Stasi-Unterlagen-Archiv erhältlich.*

*Herausgeber*

*Bundesarchiv*

*– Stasi-Unterlagen-Archiv –  
Karl-Liebknecht-Straße 31/33  
10178 Berlin*

*Postanschrift*

*10106 Berlin*

*Bestellung*

*Telefon: 030 2324-7777*

*Fax: 030 2324-6739*

*publikation.stasiunterlagenarchiv@*

*bundesarchiv.de*

*www.stasi-unterlagen-archiv.de*



„Ein Sonderzug  
zum Stasi-Irrwitz“

Karl Gaulhofer, Die Presse, Wien



## Quellennachweis

### Bundesarchiv

#### – Stasi-Unterlagen-Archiv –

S. 9–11 (BArch, MfS, HA IX 10768, S. 106–108)  
 S. 12–13 (BArch, MfS, BV Dresden, Abt. XIX 20230, S. 1–2)  
 S. 14–18 (BArch, MfS, BV Karl–Marx–Stadt, AKG 5154, S. 55–59)  
 S. 20–22 (BArch, MfS, HA IX 10768, S. 83–85)  
 S. 23–25 (BArch, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, S. 194–196)  
 S. 26–27 (BArch, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, S. 209)  
 S. 28–29 (BArch, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, S. 202–203)  
 S. 30–31 (BArch, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, S. 206–207)  
 S. 32 (BArch, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, 214)  
 S. 36 (BArch, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr.1, T2/2, S. 215)  
 S. 37–38 (BArch, MfS, BV Dresden, Abt. VIII 10152, S. 12, 15)  
 S. 39 (BArch, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr.1, T2/2, S. 215)  
 S. 41 (BArch, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr.1, T1/2, S. 17)  
 S. 42 (BArch, MfS, BV Dresden, Abt. VII 7341, S. 1)  
 S. 43–49 (BArch, MfS, BV Karl–Marx–Stadt, AKG 748, S. 7–13)  
 S. 52–55 (BArch, MfS, BV Karl–Marx–Stadt, M 194, S. 2, 3, 3a, 4)  
 S. 57–58 (BArch, MfS, BV Karl–Marx–Stadt, AKG 5263, S. 101–102)  
 S. 61–62 (BArch, MfS, BV Karl–Marx–Stadt, AKG 5263, S. 103–104)  
 S. 64–65 (BArch, MfS, BV Karl–Marx–Stadt, Abt. XX 1714, S. 100–101)  
 S. 67 (BArch, MfS, BV Karl–Marx–Stadt, Abt. XX 1714, S. 102)  
 S. 68–71 (BArch, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T1/2, S. 48–51)  
 S. 72–73 (BArch, MfS, BV Leipzig, Abt. IX 00004/18, S. 73–74)  
 S. 75–77 (BArch, MfS, BV Leipzig, Abt. VII 00004/05, S. 40–42)  
 S. 78 (BArch, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T1/2, S. 96)  
 S. 79–81 (BArch, MfS, BV Dresden, Leiter d. BV, Nr. 10956, S. 26, 29–30)  
 S. 83 (BArch, MfS, BV Leipzig, Abt. XX 01423, S. 28)  
 S. 84–85 (BArch, MfS, BV Leipzig, AIM 3880/92, Bd. 4, S. 63–64)  
 S. 86–91 (BArch, MfS, BV Leipzig, Leitung 01827, S. 1–6)

## Bildnachweis

### Volkmar Zschocke:

S. 50–51/Abb. 9: Polizeieinsatzkräfte im Hauptbahnhof Karl-Marx-Stadt, Oktober 1989

### Eckhard Otto:

S. 92–93/Abb. 19: Demonstranten auf dem Leipziger Innenstadtring, 9. Oktober 1989

## Impressum

### Herausgeber

Bundesarchiv  
 – Stasi-Unterlagen-Archiv –  
 Karl-Liebknecht-Straße 31/33  
 10178 Berlin

Postanschrift: 10106 Berlin

Telefon: 030 2324-50

post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

### Gestaltung

Pralle Sonne

Berlin

### Redaktion

Nadja Häckel, Nicol Püschl

Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv

10106 Berlin

www.stasi-unterlagen-archiv.de

### Titelfoto

Mit Schild und Schlagstöcken ausgerüstete Polizeieinsatzkräfte am 7. Oktober 1989 in der Otto-Grotewohl-Straße (heute Bahnhofstraße) in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz)  
 BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX 2734, S. 3/Bild 51

### Stasi-Mediathek

Zahlreiche Dokumente aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv finden Sie online unter [www.stasi-mediathek.de](http://www.stasi-mediathek.de)



Bei der Veröffentlichungen von Akten des Staatssicherheitsdienstes dürfen nach § 3 Absatz 3 Stasi-Unterlagen-Gesetz keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen betroffener Personen beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund wurden in diesem Dokumentenheft in Einzelfällen Namen, persönliche Angaben oder Textabschnitte geschwärzt.

Dieses Dokumentenheft ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs. Es wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Weitere Informationen unter [www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de)

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

© Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv 2014, Nachdruck 2022



